

Beteiligungsbericht 2017

Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein an Unternehmen des privaten oder öffentlichen Rechts

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

www.finanzministerium.schleswig-holstein.de

Redaktionsschluss: März 2017

Dieser Bericht wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Bericht nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, den Bericht zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Geleitwort

Das Land Schleswig-Holstein ist an verschiedenen Wirtschaftsunternehmen in privater und öffentlicher Rechtsform beteiligt. Diese Beteiligungen repräsentieren einen erheblichen Teil des Landesvermögens und stellen wichtige Instrumente für die Landespolitik dar. Die mittels der Beteiligung verfolgte Zielsetzung spiegelt sich im Unternehmensgegenstand und Gesellschaftszweck wider. Sie ist Handlungsleitlinie für die Mitglieder von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan.



Die Verwaltung erfolgt zentral in einem Referat im Finanzministerium in Abstimmung mit den jeweils fachlich zuständigen Ressorts. Die Zusammenarbeit ist durch verwaltungsinterne Vorschriften geregelt, die in einem „Beteiligungshandbuch“ zusammengefasst sind. Dies soll zu einer einheitlichen Verfahrensweise beitragen und einer ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Landesinteressen dienen. Einzelheiten zu den Beteiligungen werden regelmäßig im Beteiligungsbericht veröffentlicht.

Die Beteiligungen des Landes an Unternehmen sind Teil einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Wirtschafts-, Struktur- und Standortpolitik der Landesregierung. Die Verwaltung der Beteiligungen orientiert sich dabei an den national und international anerkannten Standards guter Unternehmensführung, die das Land im Corporate Governance Kodex für Schleswig-Holstein (CGK-SH) festgelegt hat. Der Kodex legt die grundlegenden Bestimmungen zur Leitung, Überwachung und Prüfung von Unternehmen fest. Er soll einen kontinuierlichen Prozess zur Verbesserung der Unternehmensführung und -überwachung anstoßen sowie diese transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Zudem werden Standards für das Zusammenwirken von Gesellschaftern, Überwachungsorgan und Geschäftsleitung festgelegt. Dies dient in erster Linie dazu, das öffentliche Vertrauen in Unternehmen mit Landesbeteiligung zu stärken.

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht informiert das Finanzministerium in übersichtlicher Form über den Bestand und aktuelle Entwicklungen der schleswig-holsteinischen Beteiligungen. Er liefert wesentliche Informationen zu den einzelnen Unternehmen – beispielsweise zu Geschäftsfeld und Geschäftsentwicklung, zur Höhe der Zuwendungen aus dem Landeshaushalt und zu den Mitarbeiterzahlen. Der Bericht dient als Informationsgrundlage sowohl für die Arbeit des Landtags, der die Kontrolle über die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel ausübt, als auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Er wird deshalb über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Allen Vorständen, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern, Aufsichtsorganen und Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen wie auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Beteiligungsverwaltung möchte ich an dieser Stelle für ihren engagierten Einsatz danken.

Kiel, im April 2017

Monika Heinold

Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein

Landesbeteiligungen im Überblick	5
Gegenstand des Beteiligungsberichts	6
Grundlagen der Beteiligungspolitik des Landes	8
Beteiligungsbestand am 31.12.2016	9
Veränderungen am Beteiligungsbestand	12
Zusammengefasste Daten	14
Unternehmensdaten	17
AKN Eisenbahn AG	18
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	22
Dataport AöR	27
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	32
Eichdirektion Nord AöR	37
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	41
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	45
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	49
GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	53
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	58
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH	61
HSH Finanzfonds AöR	64
HSH Nordbank AG	67
InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH	72
Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR	76
Life Science Nord Management GmbH	82
Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	86
Nationalpark-Service gGmbH	90
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	93
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR	97
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR	101
Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	106
<i>Anhänge</i>	110
Landesmandatsträger in Aufsichtsorganen	111
Abkürzungsverzeichnis	114

Landesbeteiligungen im Überblick

Gegenstand des Beteiligungsberichts

Der vorliegende Bericht informiert über die unmittelbaren Beteiligungen, die das Land Schleswig-Holstein an rechtlich selbständigen Unternehmen des privaten oder öffentlichen Rechts unterhält. Einrichtungen, die keine rechtliche Selbständigkeit haben (z. B. Landesbetriebe) oder nicht unternehmensförmig strukturiert sind (z. B. Stiftungen) sind nicht Gegenstand des Berichts.

Der Bericht beinhaltet zunächst einen Überblicksteil zum Beteiligungsbestand und dessen Entwicklung. Außerdem geben zusammenfassende Daten aus der Beteiligungsverwaltung dem Leser eine Orientierung hinsichtlich Umfang und Bedeutung der Beteiligungspolitik in Schleswig-Holstein. Hier wird auch auf die Entwicklung des Anteils von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen und Kontrollgremien eingegangen.

Im Anschluss wird ab Seite 17 über eine Auswahl von Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge ausführlicher berichtet, bei denen die Landesbeteiligung als bedeutend eingestuft wird. Bedeutend sind dabei grundsätzlich alle Beteiligungen, bei denen der Umfang der Landesbeteiligung einen nicht unwesentlichen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen sicherstellt. Außerdem werden Beteiligungen als bedeutend angesehen und ausführlich dargestellt, wenn die Tätigkeit des Unternehmens von herausragender Bedeutung für das Land ist. Einige kleinere Beteiligungen werden als nicht bedeutend bewertet und nicht genauer betrachtet. Dabei handelt es sich im Einzelnen um die folgenden Beteiligungen:

- Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH (Olympia GmbH)
- Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH,
- FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH,
- GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder / NKL Norddeutsche Klassenlotterie AöR,
- Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH,
- HVV Hamburger Verkehrsverbund GmbH,
- KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR,
- Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH,
- PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH,
- Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH.

Für die bedeutenden Beteiligungen macht der Bericht Angaben zur Beteiligungsstruktur, zum Unternehmenszweck, zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Entwicklung. Zur Verbesserung der Transparenz beinhaltet der vorliegende Bericht auch Angaben zur Vergütung der Aufsichts- oder Verwaltungsratsmitglieder (ohne reine Aufwandsentschädigungen). Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung unterbleiben mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB. Ergänzend findet sich im Anhang eine Übersicht aller vom Land entsandten Vertreterinnen und Vertreter in Kontrollgremien der Landesbeteiligungen.

Der Bericht beinhaltet keine Angaben nach dem am 31. Juli 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein.

Die Veröffentlichungspflichten nach diesem Gesetz gelten erstmals für Jahres- und Konzernabschlüsse des Jahres 2015. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite des Finanzministeriums:

<http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/verguetungsoffenlegung.html>

Der Bericht erfasst soweit sinnvoll den aktuellen Informationsstand zum 31.12.2015 (Eigentumsverhältnisse) bzw. zum Redaktionsschluss im März 2017 (Besetzung der Unternehmensorgane). Da zum Redaktionsschluss noch nicht für alle Unternehmen die testierten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2016 vorlagen, basieren die Unternehmensdaten aus den geprüften Geschäftsberichten im Sinne einer konsistenten Berichterstattung für alle Unternehmen auf den Jahren 2013 bis 2015. Ergänzende Ausführungen zu wichtigen jüngeren Entwicklungen vervollständigen das Bild. Die nächste jährliche Fortschreibung des Beteiligungsberichts wird genauere Angaben zur Geschäftsentwicklung im Jahr 2016 liefern.

Die Veröffentlichung dieses Berichts erfolgt ausschließlich in elektronischer Form.

Grundlagen der Beteiligungspolitik des Landes

Rechtliche Grundlage für die Beteiligungspolitik des Landes Schleswig-Holstein ist § 65 der Landeshaushaltsordnung (LHO). Dort sind die Voraussetzungen genannt, unter denen sich das Land an privatrechtlichen Unternehmen beteiligen darf. Die unternehmerische Betätigung des Landes ist demnach nur zur Verfolgung wichtiger Interessen des Landes zulässig, wenn sich der vom Land angestrebte Zweck nicht auf anderem Wege besser und wirtschaftlicher erreichen lässt. Ob ein solches Interesse an einer Landesbeteiligung gegeben ist, wird nicht nur beim Neuerwerb von Beteiligungen, sondern auch im Rahmen der Optimierung des Beteiligungsportfolios hinterfragt. Grundsätzlich soll der Staat als Unternehmer die Ausnahme sein. So ist denn auch die Anzahl der schleswig-holsteinischen Unternehmensbeteiligungen mit aktuell 35 überschaubar.

Die Ziele des Landes Schleswig-Holstein beim Eingehen und Halten von Beteiligungen sind vielfältig. Insbesondere sind hier zu nennen

- die Wirtschaftsförderung und die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, insbesondere in strukturschwachen Regionen des Landes,
- die Förderung von Wissenschaft und Forschung, der Technologie- und Innovationstransfer sowie die Ansiedlung neuer, technologieorientierter Unternehmen,
- die Förderung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- die Daseinsvorsorge,
- die Schaffung und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur und
- die Förderung von Kunst und Kultur.

Die Beteiligungen dienen als Instrument zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben und zur Umsetzung politischer Ziele in all diesen unterschiedlichen Bereichen. Der Erfolg der Beteiligungspolitik zeigt sich daran, ob diese Ziele erreicht werden. Die Einnahme- oder Gewinnerzielung ist im Gegensatz dazu kein vorrangiges Ziel. Zwar sollen die Landesbeteiligungen effizient wirtschaften, in einigen Fällen erlaubt aber die Art ihrer Aufgaben kein kostendeckendes Arbeiten. In diesen Fällen fließen Zuwendungen aus dem Landeshaushalt. Diese werden ebenso wie anders geartete wichtige Finanzbeziehungen zwischen dem Landeshaushalt und den Unternehmensbeteiligungen (etwa in Form von Leistungsentgelten) ab Seite 17 aufgeführt.

Beteiligungsbestand am 31.12.2016

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
AKN Eisenbahn AG	4.903.600	4.900.740	99,94
Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 GmbH	100.000	2.000	2,00
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	3.995.000	1.149.000	28,76
Dataport AöR	51.000.000	7.500.000	14,71
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	62.600	3.700	5,91
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH	27.000	500	1,85
Eichdirektion Nord AöR	2.610.000	1.250.000	47,89
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	75.000	25.000	33,33
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	25.600	6.450	25,20
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	163.613	10.226	6,25
GBS Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	25.000	12.500	50,00
GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder AöR	2.000.000	wird nicht ausgewiesen	Stimmrecht nach Königsteiner Schlüssel des Vorjahres
GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	8.000.000	8.000.000	100,00
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	300.000	77.250	25,75
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes mbH	750.000	750.000	100,00
Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	40.903	1.023	2,50

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
HSH Beteiligungs Management GmbH	100.000	10.560 unmittelbar und 35.840 mittelbar über HSH Finanzfonds	10,56 unmittelbar und 35,84 mittelbar über HSH Finanzfonds
HSH Finanzfonds AöR	0	0	50,00
HSH Nordbank AG	3.018.224.530	318.724.510 unmittelbar und 981.828.440 mittelbar über HSH Finanzfonds	9,58 unmittelbar und 32,5 mittelbar über HSH Finanzfonds
HSH Portfoliomanagement AöR	0	0	50,00
HVV Hamburger Verkehrsverbund GmbH	60.000	1.800	3,00
InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH	38.400	6.400	16,67
Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR	100.000.000	100.000.000	100,00
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR	3.750.000.000	23.900.000	0,64
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	41.926	1.023	2,44
NAH.SH Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	26.010	13.005	50,00
Nationalpark Service gGmbH	50.000	27.500	55,00
Life Science Nord Management GmbH	62.500	25.000	40,00
PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH	1.770.000	10.000	0,56
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	100.000.000	100.000.000	100,00
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR	1.663.000	873.000	52,50
Tourismus Agentur Schleswig-Holstein GmbH	150.000	150.000	100,00

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
UKSH Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR	19.364.586	19.364.586	100,00
WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	400.000	204.000	51,00
Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH	511.500	30.690	6,00

Veränderungen am Beteiligungsbestand

Bestandsänderungen	Art der Veränderung
HSH Beteiligungs Management GmbH	Neugründung
hsh portfoliomanagement AöR	Neugründung
PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH (ehemals ÖPP Deutschland AG)	Rechtsformwechsel, Umfirmierung
Tourismus Agentur Schleswig-Holstein GmbH	Neubeteiligung

HSH Beteiligungs Management GmbH

Bei der HSH Beteiligungs Management GmbH („HoldCo“) handelt es sich in Umsetzung der EU-Kommissionsentscheidung C (2016) 2689 final („EU-Entscheidung“) um eine rein passive Holdinggesellschaft, deren Ziel das Halten bzw. die Veräußerung der Anteile an der HSH Nordbank AG im Rahmen der Privatisierung ist. Die Gesellschaft hält die wesentlichen Anteile an der HSH Nordbank AG. Ihre Aufgabe ist es zudem, die HSH Nordbank von Prämienverpflichtungen zu entlasten. Die Holding wurde im Mai 2016 zur Bündelung der Beteiligung an der HSH Nordbank gegründet. Ihre Gesellschafter sind die hsh finanzfonds AöR, das Land Schleswig-Holstein, die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV), der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein sowie die Freie und Hansestadt Hamburg.

hsh portfoliomanagement AöR

Die hsh portfoliomanagement AöR ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben sie 2015 gegründet. Ihre Aufgabe ist es, faule Kredite von der HSH Nordbank zu kaufen. Dadurch wird die Bank entlastet. Im Sommer 2016 hat die HSH Nordbank Kredite mit einem Forderungsvolumen von rund 4,1 Mrd. Euro auf die hsh portfoliomanagement AöR übertragen. Der Kaufpreis betrug 2,4 Mrd. Euro. Die hsh portfoliomanagement AöR soll diese Kredite vermögensschonend bewirtschaften. Gesellschafter sind jeweils zur Hälfte die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein.

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Die Aktionäre der ÖPP Deutschland AG haben in ihrer Hauptversammlung vom 30.08.2016 beschlossen, dass die ÖPP Deutschland AG mit Sitz in Berlin nach den Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes, insbesondere gemäß §§ 190 ff., 226, 238 ff. UmwG durch Formwechsel in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) umgewandelt wird. Die Firma des Rechtsträgers neuer Rechtsform lautet: PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH.

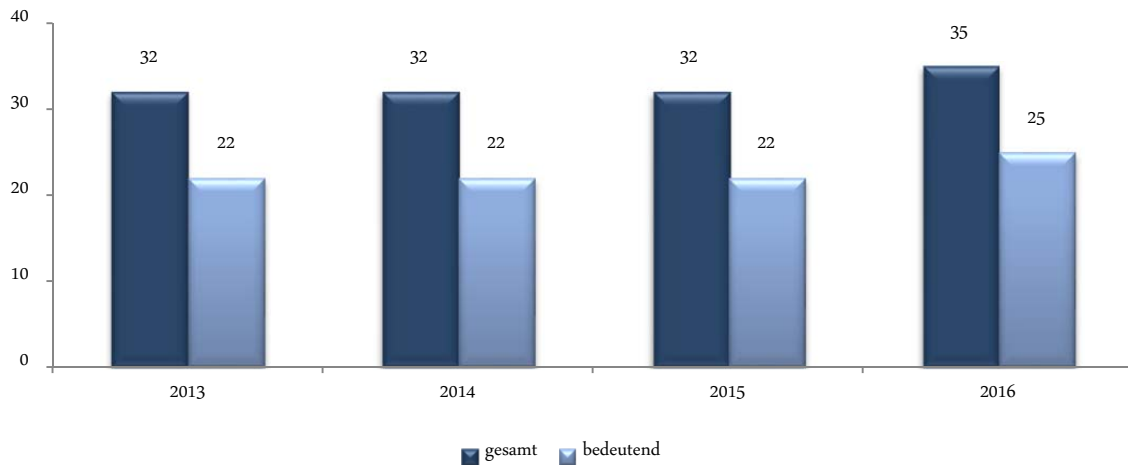
Tourismus Agentur Schleswig-Holstein

Die Tourismus Agentur Schleswig-Holstein (TASH) ist eine privatwirtschaftlich, in der Rechtsform der GmbH organisierte Tourismusförderungsgesellschaft im Land Schleswig-Holstein. Neben dem Land Schleswig-Holstein waren bisher auch sechs öffentliche und neun private Gesellschafter an der TASH beteiligt. Die TASH finanzierte sich auch bisher maßgeblich aus Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein. Aufgrund bestehender beihilferechtlicher Problemstellungen übernahm das Land die Anteile der übrigen Gesellschafter und wurde zum 08. Juli 2016 Alleingesellschafter der TASH, um die Tourismusförderung langfristig zu sichern. Die Sicherung der Stellung der TASH als Tourismusförderungsgesellschaft mittels einer hundertprozentigen Beteiligung des Landes bedingt zudem einen stärkeren Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der TASH. Weiterhin besteht nun auch die Möglichkeit die Ziele der Tourismusstrategie des Landes konzentriert und fokussiert in den Blick zu nehmen und die TASH zur zentralen Gesellschaft zur marketingpolitischen Tourismusförderung des Landes weiterzuentwickeln.

Zusammengefasste Daten

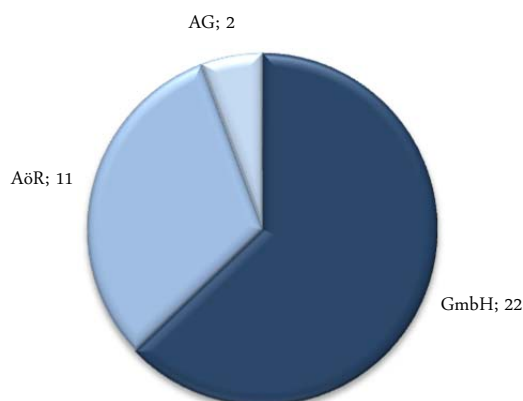
Das Land Schleswig-Holstein ist derzeit unmittelbar an 35 Unternehmen beteiligt. In 25 Fällen wird die Beteiligung als bedeutend eingestuft, von denen im nächsten Abschnitt dieses Berichts 22 näher betrachtet werden. Gegenüber dem Jahr 2015 sind zu den bedeutenden Beteiligungen drei Beteiligungen hinzugekommen, bei den weniger bedeutenden Beteiligungen hat es hingegen zahlenmäßig keine Veränderungen gegeben. Die Zunahme bei den bedeutenden Beteiligungen begründet sich in der Neugründung der HSH Beteiligungsmanagement GmbH und der hsh portfoliomanagement AöR sowie der Neubeteiligung an der Tourismus Agentur Schleswig-Holstein GmbH. Eine ausführliche Darstellung dieser drei Beteiligungen erfolgt im nächsten Beteiligungsbericht.

Anzahl der Landesbeteiligungen



Die Mehrzahl der Unternehmen, an denen sich das Land beteiligt, wird in der Rechtsform einer GmbH geführt. Bei zwei bedeutenden Unternehmensbeteiligungen handelt es sich um AGs (AKN Eisenbahn, HSH Nordbank), die übrigen Landesbeteiligungen sind als Anstalten öffentlichen Rechts organisiert.

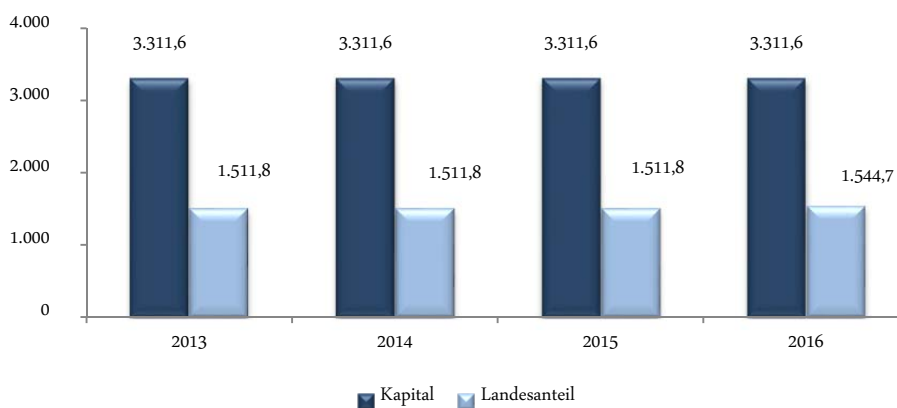
Landesbeteiligungen nach Rechtsform



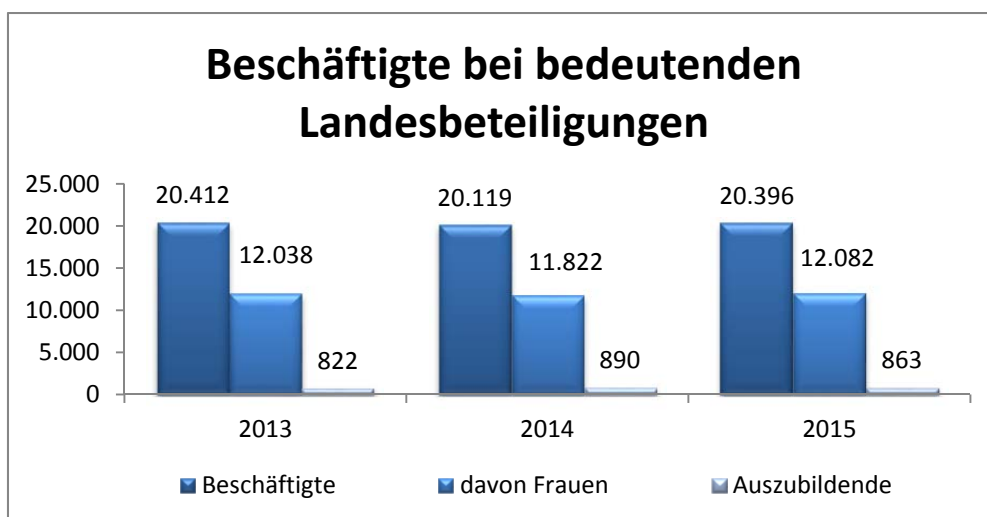
Unter den bedeutenden Beteiligungen befinden sich aktuell sechs Unternehmen, bei denen das Land Alleineigentümer ist, acht Unternehmen, an denen es 50 % oder mehr hält, und weitere sieben Unternehmen mit einem Landesanteil zwischen 25 und 50 %.

Der Landesanteil am gezeichneten Kapital aller bedeutenden Beteiligungen in der vorne erläuterten Abgrenzung beträgt 1.544,7 Mio. € von 3.311,6 Mio. €. Bezogen auf sämtliche Beteiligungen einschließlich der weniger bedeutenden hält das Land 1.568,9 Mio. € von insgesamt 7.066,4 Mio. € Unternehmenskapital.

gezeichnetes Kapital der bedeutenden Landesbeteiligungen und Landesanteil daran, in Mio. €

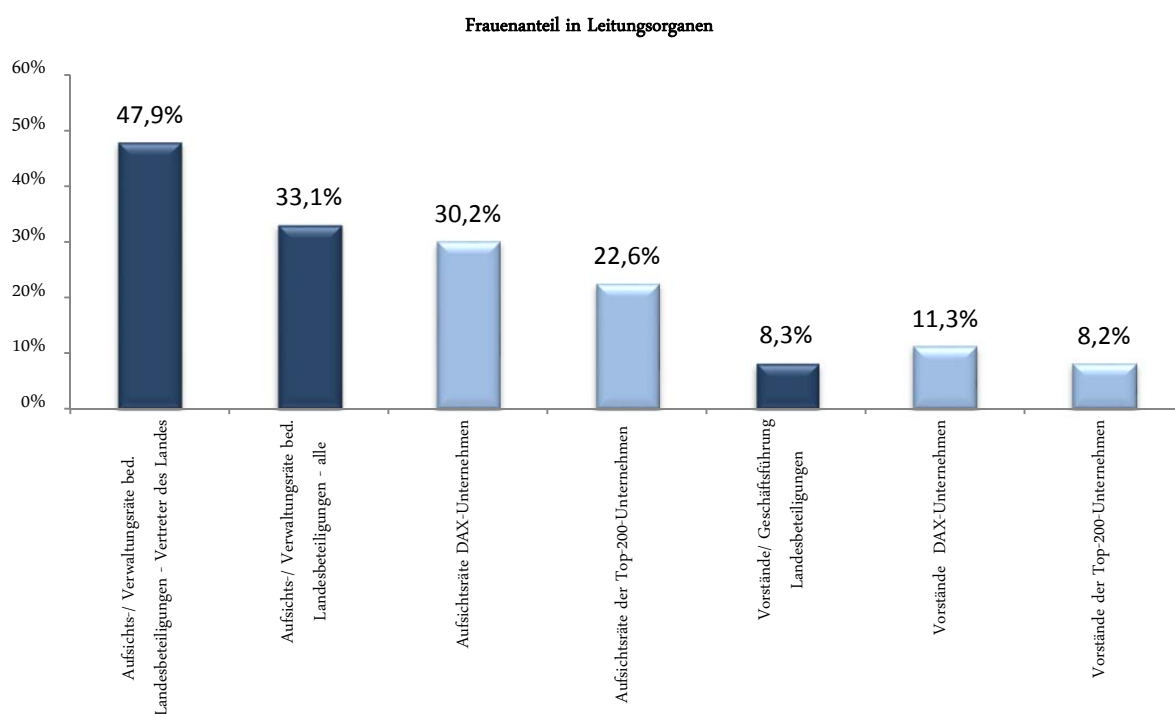


Die Zahl der Beschäftigten bei den Unternehmen mit bedeutender Landesbeteiligung hat sich in den vergangenen Jahren nur wenig verändert. Insgesamt arbeiteten 2015 in diesen Unternehmen außer der Geschäftsführung 20.396 Beschäftigte, davon rd. 59 % Frauen. Rund ein Drittel der Beschäftigten arbeitete in Teilzeit, so dass sich ein Beschäftigungsvolumen von 16.867 Vollzeitäquivalenten ergibt. 863 Auszubildende hatten 2015 einen Ausbildungsvertrag bei einem dieser Unternehmen.



Die größten Arbeitgeber unter den bedeutenden Landesbeteiligungen sind das UKSH (12.027 Beschäftigte im Jahr 2015), die HSH Nordbank (2.710), Dataport (2.323) und die GMSH (1.295).

Bei den Führungspositionen achtet das Land auf eine zunehmend ausgewogene Besetzung mit Frauen und Männern. So liegt der Frauenanteil bei den vom Land bestellten Vertretern für die Aufsichts- oder Verwaltungsratsposten bei bedeutenden Landesbeteiligungen aktuell bei 47,92 % — im Vergleich zu 33,14 % unter allen Aufsichtsratsposten dieser Unternehmen, 30,2 % bei den 30 DAX-Unternehmen und nur 22,6 % bei den 200 umsatzstärksten deutschen Unternehmen (ohne Finanzsektor) (Quelle: DIW 2017). Unter den 36 Geschäftsführungen und Vorständen sind dagegen nur 3 Frauen, das entspricht einem Anteil von 8,3 % und liegt damit leicht unter dem Frauenanteil bei DAX-Vorstandsposten mit 11,3 % (Quelle: DIW 2017). Der Anteil entspricht aber dem der Top-200-Unternehmen, bei dem der Anteil der Frauen bei 8,2 % liegt (Quelle: DIW 2017).



Unternehmensdaten

AKN Eisenbahn AG



Rudolf-Diesel-Straße 2
 24568 Kaltenkirchen
 Telefon: 04191 / 93 39 33
 Fax: 04191 / 93 31 18
 Mail: info@akn.de
 Internet: www.akn.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Betrieb und der Erwerb von Eisenbahnen für den Personen- und Güterverkehr, die Einrichtung, der Betrieb und der Erwerb von Kraftfahrlinien und Verkehrsmitteln anderer Art für den Personen-, Gepäck- und Güterverkehr sowie der Abschluss von Geschäften, die unmittelbar oder mittelbar hiermit zusammenhängen.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der AKN	4.903.600	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	4.900.740	99,94
Streubesitz	2.860	0,06

Vorstand

Wolfgang Seyb

Aufsichtsrat

- Dr. Christiane Sorgenfrei (Vorsitzende), FM SH
- Dr. Ina Tjardes (stellvertretende Vorsitzende), BWVI HH
- Mona Andresen, MWAVT SH
- Jan Peter Schröder, Landrat des Kreises Segeberg
- Jens-Günter Lang, HHA
- Dr. Annette Kersting, BWVI HH
- Stefanie Breyer, AKN
- Siegbert Paschke, AKN
- Arno Pooch, AKN

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2015 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 1.680 € gezahlt.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil AKN (in %)
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH und Co. KG	3.000	50,00
NBE nordbahn Eisenbahnverwaltungsgesellschaft mbH	25	50,00
1. nordbahn Fahrzeuggesellschaft mbH und Co. KG	25	50,00
ENFG Verwaltungsgesellschaft mbH	25	50,00

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	143.187	119.997	89.813
Umlaufvermögen	16.495	41.032	72.241
Eigenkapital	13.652	13.652	13.652
Rückstellungen davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	30.360 27.990	29.216 24.946	27.261 23.672
Verbindlichkeiten	116.022	118.519	121.492
Bilanzsumme	160.072	161.438	162.483

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	19.059	17.387	17.039
sonstige betriebliche Erträge	5.777	7.066	8.236
Materialaufwand	13.026	13.642	13.679
Personalaufwand	15.168	14.194	14.238
Abschreibungen	6.364	5.243	5.379
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-17.088	-15.098	-13.813
außerordentliche Aufwendungen	331	331	2.549
Erträge aus Verlustübernahme	17.465	15.473	15.832
Jahresergebnis	0	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	284	282	280
davon			
Frauen	35	35	37
Männer	249	247	243
Auszubildende	10	11	11
Teilzeitbeschäftigte	13	15	15
Vollzeitäquivalente	280,7	277,9	275,9

Kennzahlen	2015	2014	2013
Sachanlageinvestitionen	32.352	39.950	11.193
davon Zuschüsse	3.936	6.057	4.543
Zugkilometer (in Mio.)	2,59	2,58	2,57
Beförderte Personen (in Mio.)	11,23	10,57	10,39
Kosten des Personenverkehrs/Zugkilometer (in €)	6,32	6,01	5,37
Pünktlichkeitsgrad (in %)	98,2	98,8	97,2

Geschäftsverlauf

Die AKN konnte ihre Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2015 um 1,7 Mio. € auf 19,1 Mio. € steigern. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 5,8 Mio. € und liegen damit um 1,3 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Der Materialaufwand beläuft sich mit 13,0 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Hingegen lag der Personalaufwand aufgrund der hohen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sowie den Tarifsteigerungen bei den Löhnen und Gehältern mit 15,2 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau von 14,2 Mio. €. Der Jahresverlust vor Ergebnisabdeckung durch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg beläuft sich auf 17,5 Mio. € und lag damit um 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf höhere Abschreibungen für die in 2015 neu eingesetzten Lint 54-Triebwagen und auf den höheren Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Die Bilanzsumme hat sich um 1,3 Mio. € auf 160,1 Mio. € (Vorjahr 161,4 Mio. €) verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 89,5 % (Vorjahr 74,3 %). Auf der Aktivseite der Bilanz erhöhte sich das Anlagevermögen um 23,2 Mio. € auf 143,2 Mio. € (Vorjahr 120,0 Mio. €) und war zum Bilanzstichtag zu 9,5 % (Vorjahr 11,4 %) durch eigene Mittel gedeckt. Das langfristig gebundene Vermögen war zu 84,7 % (Vorjahr 107,1 %) durch langfristige Mittel finanziert. Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau verringerten sich um 35,9 Mio. € auf 0,8 Mio. € (Vorjahr 36,7 Mio. €), was im Wesentlichen auf die Aktivierung der in 2015 ausgelieferten Lint 54-Triebwagen zurückzuführen ist.

Die Passivseite der Bilanz war auch in 2015 geprägt von den Pensionsrückstellungen und den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Brutto-Investitionen in Höhe von 32,7 Mio. € (Vorjahr 39,9 Mio. €) getätigt. Davon entfielen 24,2 Mio. € auf die 14 Lint 54-Triebwagen, die in 2015 vollständig aktiviert wurden.

Die Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen im Bereich der Infrastruktur betragen 6,4 Mio. € (Vorjahr 9,4 Mio. €), wobei der Schwerpunkt auf der Erneuerung des Streckenabschnittes Kiel-Gaarden bis Opendorf lag.

Leistungsrelevante Fahrplanänderungen fanden zum Fahrplanwechsel 2014/2015 nicht statt. Dennoch konnte die Anzahl der Reisenden um 0,6 Mio. auf insgesamt 11,2 Mio. (Vorjahr 10,6 Mio.) Reisende gesteigert werden.

Aufgrund der Regionalisierungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wird das Jahresergebnis nach territorialen Aspekten durch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg ausgeglichen. Aus dem Landeshaushalt ist 2015 ein auszugleichender Betrag in Höhe von 13.059 T€ geflossen.

Für das Jahr 2016 wird mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 19 Mio. € gerechnet. Davon würden auf Schleswig-Holstein rd. 15,8 Mio. € entfallen. Für den Personenverkehr ergibt sich hierbei ein Fehlbetrag von rd. 15,6 Mio. €, für den Güterverkehr ein Fehlbetrag von rd. 0,2 Mio. €.

Ausblick

Im Bereich der Infrastruktur ist für 2016 ein Brutto-Investitionsvolumen von rund 15,9 Mio. € für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen vorgesehen. Ein wesentlicher Teil hiervon entfällt auf das Projekt „Zugbildungs- und Abstellanlagen“ in Hamburg-Stellingen bzw. Hamburg-Eidelstedt. Mit diesem Projekt wurde die AKN von der FHH beauftragt. Hintergrund ist, dass die S-Bahn Hamburg GmbH zur Erfüllung ihres Verkehrsvertrages mit der FHH neue Zugbildungs- und Abstellkapazitäten schaffen muss. Die Finanzierung erfolgt im Zuwendungsverfahren durch die FHH. Die Baumaßnahmen sollen bis Mitte 2018 bzw. bis zum Frühjahr 2019 fertiggestellt werden. Es ist geplant, dass die AKN den späteren Betrieb der Anlagen übernimmt.

Zugleich wird die AKN die Planungen für die Elektrifizierung der Stammstrecke zwischen Kaltenkirchen und Eidelstedt fortsetzen.

Für das Jahr 2017 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 24 Mio. € erwartet. Davon würden auf Schleswig-Holstein rd. 19,5 Mio. € entfallen. Für den Personenverkehr ergibt sich hierbei ein Fehlbetrag von rd. 19,4 Mio. €, für den Güterverkehr ein Fehlbetrag von rd. 0,1 Mio. €.

Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH



Lorentzendam 22

24103 Kiel

Telefon: 0431/59 38 - 0

Fax: 0431/59 38 - 160

E-Mail: info@bb-sh.de

Internet: www.bb-sh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Durchführung von

- Ausfallbürgschaften für Kredite von Kreditinstituten, Bausparkassen, des Gartenbaus, der Fischwirtschaft und Angehörige freier Berufe, Leasinggesellschaften und Versicherungsunternehmen, an kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, des Gartenbaus, der Fischwirtschaft, Angehörige freie Berufe sowie Existenzgründer in Schleswig-Holstein.
- Garantien für Beteiligungen von Kapitalbeteiligungsgesellschaften an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freier Berufe in Schleswig-Holstein.

Voraussetzung ist, dass die Entwicklung und Förderung des zu begünstigenden Unternehmens betriebswirtschaftlich vertretbar und volkswirtschaftlich für Schleswig-Holstein erwünscht ist. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgt nicht. Es erfolgt stets ein revolvingender Einsatz der Mittel für die steuerbefreiten Zwecke der Wirtschaftsförderung.

Ferner ist die Bürgschaftsbank vom Land mit der Übernahme und Verwaltung von Sicherheits- und Gewährleistungen des Landes beauftragt (sog. Treuhandgeschäft).

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der Bürgschaftsbank	3.995.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.149.000	28,76
DZ BANK Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank	471.000	11,79
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein I	420.000	10,51
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein II	402.000	10,06
Hamburger Sparkasse AG	287.000	7,18
UniCredit Bank AG	215.000	5,38
Commerzbank AG	201.000	5,03
Deutsche Bank AG	145.000	3,63
VR Bank Pinneberg-Elmshorn eG	100.000	2,50

Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	80.000	2,00
Kieler Volksbank eG, Raiffeisenbank Südstormarn Mölln eG, Schleswiger Volksbank eG Volksbank Raiffeisenbank, Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe, Volksbank-Raiffeisenbank im Kreis Rendsburg eG, VR Bank eG, Niebüll VR Bank Flensburg - Schleswig eG, VR Bank Neumünster eG, VR Bank Ostholstein Nord-Plön eG,		
jeweils	50.000	1,25
Raiffeisenbank eG Heide, Raiffeisenbank eG, Handewitt, Sylter Bank eG		
jeweils	25.000	0,63

Geschäftsführung

- Hans-Peter Petersen
- Holger Zervas

Aufsichtsrat:

- Kurt Christoph von Knobelsdorff (Vorsitzender), MWAVT SH
- Stefan Witt (1. Stellv. Vorsitzender), Volksbank Pinneberg-Elmshorn
- Udo Hansen (2. Stellv. Vorsitzender), Handwerkskammer Flensburg
- Johannes Grützner, MELUR SH
- Dr. Christiane Sorgenfrei, FM SH
- Lars Schöning, IHK zu Lübeck
- Uwe Polkaehn, DGB Landesbezirk Nord
- Ulrich Wachholtz, Unternehmensverbände SH
- Enno Körte, Nord-Ostsee Sparkasse
- Hans-Hermann Wilckens, UniCredit Bank AG
- Joachim Wallmeroth, Sparkasse Holstein
- Andreas Jonas, DZ BANK Hannover
- Werner Möller, Hamburger Sparkasse
- Dirk Dejewski, VR Bank Neumünster eG
- Jan Heinrich Meyer, Commerzbank AG

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2015 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 3.000 € gezahlt.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil BB.S.-H. (in %)
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG)	145,5	10,11
Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH	10,5	3,41

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz:	2015	2014	2013
Forderungen an Kreditinstitute	17.871	14.599	12.599
Forderungen an Kunden	789	1.723	988
Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere	74.172	75.993	77.031
Treuhandvermögen	7.123	7.271	912
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute	8.855	12.167	12.252
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	2.950	2.702	976
Rückstellungen gesamt	41.454	42.725	43.085
Fonds für Bankrisiken	4.500	2.300	2.300
Eigenkapital bilanzrechtlich	38.646	38.027	37.687
Bilanzsumme	103.675	105.332	97.297
Eventualverbindlichkeiten	301.183	307.752	309.850
davon Rückbürgschaften- u. garantien Land	87	89	89

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Zinserträge gesamt	2.369	2.509	2.773
Zinsaufwand	124	113	129
Provisionserträge	5.961	5.971	5.760
Verwaltungsaufwand	4.397	4.136	3.997
Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Forderungen	782	1.472	2.950
Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens	1.236	3.648	214
Zuführung/Auflösung Fonds für Bankrisiken	2.200	0	277
Jahresergebnis	217	340	474

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	43	43	43
davon			
Frauen	23	23	23
Männer	20	20	20
Auszubildende		-	-
Teilzeitbeschäftigte	16	18	20
Vollzeitäquivalente	35,7	35,6	36,3

Kennzahlen	2015	2014	2013
Neugeschäft			
Anzahl Anträge	670	665	707
Anzahl Bewilligungen	476	505	499
Bürgschaftssumme in T€	64.000	70.000	66.000
Bewilligungsquote	71%	76%	70%
Ausfälle			
Kreditnehmer	93	118	126
Ausfälle in T€	8.735	8.255	11.214
davon BB-Anteil in T€	2.890	2.545	3.681
nachrichtlich: Anteil Land in T€	2.295	2.728	2.987
Bürgschafts- und Garantievolumen in T€	333.400	341.400	344.000
Anzahl Kreditnehmer	3.165	3.255	3.308
Eigenkapital gesamt gem. CRR (ab 2014)	43.054	39.799	40.455

Geschäftsverlauf

Die Bürgschaftsbank legte im Geschäftsjahr 2015 Bürgschaften und Garantien in Höhe von € 64 Mio. heraus. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 9 %. Anders als in den Vorjahren liegt die Entwicklung in Schleswig-Holstein damit unter dem Bundesdurchschnitt. Die Quote der positiv entschiedenen Anträge lag im letzten Jahr bei 71% und bewegt sich damit in der Größenordnung der letzten 5 Jahre. Angesichts der historisch niedrigen Kredithürde (gemäß Ifo-Institut) und der somit vorhandenen hohen Kreditvergabebereitschaft der Geschäftsbanken, kann man mit diesem Geschäftsverlauf trotz des Nachfragerückgangs zufrieden sein. Einhergehend mit der geringeren Bewilligungssumme, ist das Volumen der ausgelösten Investitionen im Jahr 2015 auf € 201 Mio. zurückgegangen. Die durchschnittliche Bürgschafts- und Garantiesumme liegt mit 134 T€ leicht unter dem Vorjahr (139 T€) und damit immer noch deutlich unter dem Branchendurchschnitt von 160 T€

Das Handwerk erweist sich nach wie vor als stärkster Wirtschaftszweig in der Branchenstruktur der Bürgschaftsbank. Gegenüber dem Vorjahr konnte im Bereich der Existenzgründungen im Handwerk eine Steigerung von 20 % auf jetzt 50 Vorhaben erreicht werden. Neben dem Handwerk gehören die Wirtschaftszweige Einzelhandel und Dienstleistung zu den stärksten Sparten. In diesen 3 Wirtschaftszweigen wurden über 50 % des Bewilligungsvolumens vergeben.

Unverändert gut ist das Neugeschäft mit den Institutgruppen Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Lediglich im Bereich der privaten Geschäftsbanken ist 2015 ein deutlicher Rückgang um fast 20 % zu verzeichnen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2015 schließt nach einer Zuweisung in Höhe von € 2,2 Mio. in den Fonds für allgemeine Bankrisiken mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 217 T€ ab. Zu erwähnen ist, dass trotz des gesunkenen Neugeschäfts die Höhe der Provisionserträge gehalten werden konnte. Dies resultiert zum einen aus dem Auslaufen von Bürgschaften mit geringeren Provisionen und zum anderen aus dem deutlichen Abbau des Abwicklungsbestandes, aus dem in der Regel keine Provisionen generiert werden können. Die Steigerung im Personalbereich liegt nach Abzug einer Rückstellung für Altersteilzeit gegenüber dem Vorjahr bei 0,8 % und damit deutlich unter der Tarifierpassung.

Unter Berücksichtigung der aufgestockten Rücklagen gem. § 340 HGB stehen dem Eigenobligo in Höhe von € 113 Mio. Deckungsmassen in Höhe von € 76,3 Mio. gegenüber.

Im Vergleich zum Vorjahr kann damit der Deckungsgrad des Eigenobligos von 64,7 % auf 67 % erhöht werden.

Die Lage des Unternehmens ist aufgrund der hinreichenden Risikovorsorge weiterhin geordnet und stabil. Angesichts der Niedrigzinsphase und der damit verbundenen Bereitschaft der Kreditinstitute Risiken in die eigenen Bücher zu nehmen, steht die Bürgschaftsbank in ihrem Segment gut da.

Ausblick

Das Neugeschäft 2016 liegt nach einer Prognose des III. Quartals unter dem Vorjahresniveau. Im Gegensatz dazu, wird sich bei gleicher Tendenz die Ausfallquote leicht reduzieren. Da sich gerade der Geschäftsverlauf der Bürgschaftsbank durch eine hohe Volatilität innerhalb des Jahres auszeichnet, ist eine endgültige Aussage noch nicht zu treffen. Bezogen auf das operative Geschäft, dürfte das Betriebsergebnis sich leicht unterhalb des Vorjahresniveaus bewegen.

Im Hinblick auf die Geldpolitik der EZB, die das Gesamtzinsniveau weiter sehr niedrig halten wird, ist eine Prognose hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland schwer abzugeben. Als exportabhängiges Land bestimmen Fremdfaktoren wie der Euro-Kurs und protektionistische Maßnahmen größerer Industriestaaten die Konjunktur und damit auch die Binnennachfrage nach Konsumgütern. Davon ausgehend, dass dieses Szenario auch das Jahr 2017 begleiten wird, dürfte sich ein Geschäftsverlauf leicht unter dem des Jahres 2015 bewegen. Weiterhin wird es schwierig für die Bürgschaftsbank, eine aus dem Finanzanlagevermögen durch Neuabschlüsse kostendeckende Rendite zu erzielen. Mit einer Verringerung des Betriebsergebnisses aus dem operativen Geschäft wird gerechnet.

Dataport AöR



Altenholzer Straße 10 – 14
 24161 Altenholz
 Telefon: 0431 / 32 95 – 0
 Fax: 0431 / 32 95 – 410
 Mail: info@dataport.de
 Internet: www.dataport.de

Unternehmensaufgabe

Dataport unterstützt die öffentlichen Verwaltungen im Land Schleswig-Holstein, einschließlich der Kommunalverwaltungen, und weitere Träger durch Informations- und Kommunikationstechniken. Die Anstalt fungiert insbesondere als zentrale IT-Dienstleisterin für die Länder Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen. Für die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ist Dataport im Bereich der IT-Unterstützung der Steuerverwaltung tätig; für das Land Niedersachsen ist weitere IT-Unterstützung durch Dataport möglich, wenn der Verwaltungsrat die Zustimmung erteilt. Dataport unterstützt die Träger im Bereich Druck durch das an mehreren Standorten betriebene Druckzentrum; für Mecklenburg-Vorpommern gilt dies nur für den Bereich Data Center Steuern.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital	51.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	7.500.000	14,71
IT-Verbund SH	7.500.000	14,71
Freie und Hansestadt Hamburg	15.000.000	29,40
Land Niedersachsen	7.500.000	14,71
Land Sachsen-Anhalt	7.500.000	14,71
Land Mecklenburg-Vorpommern, Freie Hansestadt Bremen	3.000.000	5,88
jeweils		

Vorstand

- Dr. Johann Bizer (Vorstandsvorsitzender)
- Claudia Güsken
- Andreas Reichel

Verwaltungsrat

- Michael Richter, MI ST (Vorsitzender)
- Hans-Henning Lühr (stellvertretender Vorsitzender), SF HB
- Jens Lattmann, FB HH
- Thomas Losse-Müller, StK SH
- Peter Bäumer, FM MV
- Ernst Hüdepohl, FM NI
- Jochen von Allwörden, SHLT
- Helge Carstensen, Dataport Personalrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen:	Stammkapital (in T€)	Anteil Dataport (in %)
kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH	1.500	33,3

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	188.127	176.829	171.076
Umlaufvermögen	64.299	57.033	63.479
Eigenkapital	33.357	41.114	49.103
davon			
gezeichnetes Kapital	46.500	45.000	43.500
Rücklagen	11.190	11.190	16.074
Bilanzverlust			
1. Verlustvortrag	15.076,5	5.587,4	0
2. Jahresfehlbetrag	9.257,0	9.489,1	10.471,7
Rückstellungen	100.806	94.124	79.554
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	89.317	80.481	66.899
Verbindlichkeiten	92.735	73.681	71.626
Bilanzsumme	278.890	259.227	247.469

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	466.226	420.465	358.371
Materialaufwand	236.242	212.102	176.866
Personalaufwand	157.798	143.189	122.044
Abschreibungen	40.876	37.256	35.599
sonstige betriebliche Aufwendungen	45.383	44.443	40.304
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.965	4.433	4.306
Jahresergebnis	-9.257	-9.489	-10.472

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	2.323	2.177	1.927
davon			
Frauen	698	653	579
Männer	1.625	1.524	1.348
Auszubildende	103	88	87
Teilzeitbeschäftigte	343	330	317
Vollzeitäquivalente	2.191	2.062	1.798

Kennzahlen	2015	2014	2013
Sachanlageinvestitionen	25.327,2	17.390,5	30.894,2
Eigenkapitalquote (in %)	12,0	15,9	19,8
Cashflow			
aus laufender Geschäftstätigkeit	47.604	47.660	6.567
aus Investitionstätigkeit	-52.886	-40.913	-39.395
Sachanlagenintensität (in %)	32,0	33,8	40,6
Personalintensität (in %)	33,2	33,3	33,3

Geschäftsverlauf

Dataport konnte seine Umsätze im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 10,9 % auf 466,2 Mio. € steigern. Das Jahresergebnis weist eine Unterdeckung von rd. 9,3 Mio. € aus. Ursächlich hierfür sind die Projektausgaben in Höhe von 11,8 Mio. € für die Transition in das neue Rechenzentrum.

Die Umsatzerlöse für eigene Leistungen konnten durch neue Projekte um 39,0 Mio. € gesteigert werden. Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 14,6 Mio. € auf 157,8 Mio. € gestiegen. Die Steigerung begründet sich im Wesentlichen durch den Anstieg der Personalkapazität auf durchschnittlich 2.191 Vollzeitäquivalente im Vergleich zum Vorjahr von durchschnittlich 2.062 Vollzeitäquivalenten sowie durch die in 2015 vertraglich vereinbarte Tarifierhöhung.

Insgesamt ist die Lage des Unternehmens in wirtschaftlicher Hinsicht unter Berücksichtigung der Sondereffekte aus der Transition in das neue Rechenzentrum als gut zu beurteilen. Die kurzfristigen finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln erbracht werden. Die Betriebsmittelkredite bestehen in Höhe von 15 Mio. € fort, da der Bestand der liquiden Mittel in Folge der ungleichmäßigen Zahlungseingänge im Geschäftsjahresverlauf erheblich schwankt. Zur Finanzierung für das Investitionsprojekt RZ² wurde ein Darlehen von 31,5 Mio. € aufgenommen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich insbesondere aus der Personalleistungsstatistik. Dabei entfielen im Geschäftsjahr 2015 von den Arbeitszeiten 62,7 % auf kundenorientierte Leistungen, 7,9 % auf interne Leistungen und 29,4 % auf sonstige Zeiten wie Urlaub, Krankheit, Fortbildung und allgemeine Administration.

Die Entwicklung der Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen hat sich in 2015 zu einem dominierenden politischen Thema bei den Dataport-Trägern entwickelt und einen erheblichen Einfluss auf die Nachfrage nach Dataport-Leistungen gehabt.

Mit dem Projekt RZ² werden sieben Dataport-Rechenzentren in ein Rechenzentrum an zwei Standorten konsolidiert. Neben dieser Konsolidierung der Rechenzentren wurde eine neue, einheitliche Infrastruktur aufgebaut, mit der eine höhere Betriebsstabilität gewährleistet wird. Die Transition der Verfahren wurde in 2016 abgeschlossen.

Aus dem Landeshaushalt sind in 2015 insgesamt 97.850 T€ an Erlösen für die Erbringung von Dienstleistungen an Dataport geflossen.

Ausblick

Mit dem „Zielbild Dataport 2016“ haben die Träger Dataport über den Verwaltungsrat die strategischen Dataport-Ziele für den Zeitraum 2012 bis 2016 vorgegeben. Für den Zeitraum 2017 bis 2021 sind die strategischen Ziele fortzuschreiben.

Die Umsetzung der sich aus der Entwicklung der Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen ergebenden IT-Anforderungen in den Trägerländern ist ein Nachweis für den unverzichtbaren Bedarfs der Träger an Dataport-Leistungen. Die Übernahme der operativen IT-Aufgaben hat die Trägerländer ohne eigene Personalaufstockung in die Lage versetzt, den Anforderungen bei der Errichtung der Erstaufnahmeeinrichtungen nachzukommen. Die Nutzung einer gemeinsamen Zugangsinfrastruktur zu den zentralen Datenbeständen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und eines einheitlichen Quartiermanagements sind ein Beleg der übergreifenden Zusammenarbeit.

Der Bedarf an konzeptioneller Unterstützung durch Dataport wird steigen. Dies zeigt sich u.a. in einer sich rasant weiter entwickelnden realen Bedrohungslage (Stichwort: Industrialisierung der Cyberkriminalität) und den damit verbundenen steigenden Anforderungen an Qualität, IT-Sicherheit sowie Datenschutz und folglich in der Komplexität der zu betreibenden Systeme. Die Verwaltung wird

dieses ohne die Unterstützung professioneller IT-Dienstleister mit Verwaltungshintergrund nicht umsetzen können.

Die Digitalisierung der Verwaltung wird sich beschleunigen. Die entsprechenden politischen Initiativen der Träger (z.B. „Digital First“ in Hamburg, „Kundenfreundlicher Bürgerservice via Internet“ in Bremen) geben der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsprozessen klaren Vorrang vor der papiergebundenen Abwicklung. In der Umsetzung dieses Veränderungsprozesses eröffnen sich quantitativ und qualitativ neue Angebotsmöglichkeiten für Dataport.

Die strukturelle Vergleichbarkeit der Trägerländer Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt einerseits und der Stadtstaaten Hamburg und Bremen andererseits eröffnet neue Kooperationskonstellationen. Neben der Kooperation aller Kernträger bietet diese Aufstellung auch die Möglichkeit der bedarfsorientierten Zusammenarbeit strukturell gleicher Träger. Dataport hat damit die Möglichkeit, gezielter den Kundenanforderungen zu entsprechen. Die Aktivitäten zur Übernahme der IT-Unterstützung für die Landespolizeien Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Der kommunale Träger ITVSH bildet die Grundlage für eine erfolgreichere Positionierung am Kommunalmarkt. Über den ITVSH kann zudem eine Intensivierung der IT-Zusammenarbeit zwischen Landes- und Kommunalebene realisiert werden. Im ITVSH ist zwischenzeitlich mehr als die Hälfte der Kommunalverwaltungen des Landes Schleswig-Holstein organisiert. Diese Entwicklung des kommunalen Trägers birgt erhebliches Potenzial für die Zusammenarbeit der Kommunen und Dataport, aber auch für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Land.

Für 2016 rechnet Dataport mit rd. 106.340 T€ an Erlösen für die Erbringung von Dienstleistungen für das Land Schleswig-Holstein.

DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH



Zimmerstraße 54
10117 Berlin

Telefon: 030 / 20 24 3 – 0

Fax: 030 / 20 24 3 – 291

Mail: info@deg.es.de

Internet: www.deg.es.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung und Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Baulast der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben.

Die Beauftragung erfolgt jeweils auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit dem beauftragenden Gesellschafter.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der DEGES	62.600	100,00
davon		
Bundesrepublik Deutschland	18.200	29,08
Land Schleswig-Holstein	3.700	5,91
Land Berlin Land Baden-Württemberg Land Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Hessen Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Nordrhein-Westfalen Freistaat Sachsen, Land Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen, jeweils	3.700	5,91

Vorstand

- Dirk Brandenburger
- Bodo Baumbach

Aufsichtsrat

- Dr. Stefan Krause (Vorsitzender), BMVI
- Tatjana Tegtbauer (stellvertretende Vorsitzende), BMVI
- Lutz Irmer (stellvertretender Vorsitzender), TMIL TH
- Lutz Adam, SenStadtWo BE
- Gabriele Friderich, SUBV HB
- Beate Heinz, BMVI
- Günther Hermann, HMWVL HE
- Martin Huber, BWVI HH
- Gert Klaiber, VM BW
- Dr. Rainer Kosmider, EM MV
- Egbert Neumann, MIL BB
- Michael Pirschel, MWAVT SH
- Winfried Pudenz, MBWSV NRW
- Dr. Sebastian Putz, MLV ST
- Matthias Renner, BMF
- Bernd Sablotny, SMWA SN
- Volkmar Vogel, MdB

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2015 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 4.499,44 € gezahlt.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	2.991	2.350	2.039
Umlaufvermögen	468.181	404.242	368.874
Eigenkapital	110	104	96
davon			
gezeichnetes Kapital	63	63	52
Kapitalrücklage	35	35	0
Gewinnrücklage	0	0	19
Gewinnvortrag	6	0	21
Jahresüberschuss	6	6	5
Rückstellungen	4.005	5.069	4.931
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	936	675	632
Verbindlichkeiten	467.388	401.755	366.187
davon gegenüber Gesellschaftern	465.108	399.332	363.674
Bilanzsumme	471.503	406.928	371.214

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	10.703	17.428	26.979
Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	46.294	33.126	23.363
Materialaufwand	27.928	24.981	26.559
Personalaufwand	22.480	20.226	18.262
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.599	5.540	5.665
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	117	75	49
Jahresergebnis	6	6	5

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	266	243	222
davon			
Frauen	102	97	88
Männer	164	146	134
Auszubildende	2	2	1
Teilzeitbeschäftigte	19	21	20
Vollzeitäquivalente	262,5	239,1	217,4

Kennzahlen	2015	2014	2013
Sachanlageinvestitionen	1.404	795	454

Auftrags- bestand	2015			2014			2013		
	Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €		Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €		Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €	
		gesamt	davon offen		gesamt	davon offen		gesamt	davon offen
VDE-Projekte (Verkehrsprojekte Deutsche Einheit)	1.250,5	11.039,5	1.312,6	1.250,5	11.006,4	1.352,9	1.250,4	10.938	1.367,7
Straßenprojekte außerhalb VDE	915,6	8.184,6	5.652,8	929,4	7.610,7	5.237,9	832,1	7.162,9	5.106,5
Summe Straßenprojekte	2.250,3	19.452,8	7.054,7	2.179,9	18.617,1	6.590,8	2.082,5	18.100,9	6.474,2
City-Tunnel Leipzig	4,2	665,2	9,4	4,2	665,2	20,8	4,2	666,3	43,2
Wasser- straßen- projekte	2 Brücken- bau- werke	4,2	1,1	2 Brücken- bau- werke	4,2	1,2	2 Brücken- bau- werke	4,3	1,3
Gesamt- summe		20.122,2	7.065,1		19.286,5	6.612,8		18.771,5	6.518,7

Geschäftsverlauf

Die DEGES konnte ihr Auftragsvolumen bei den Straßenprojekten im Jahr 2015 um rund 4,5 % gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Es wurde ein Jahresüberschuss von 6.260 € ausgewiesen. Damit wurde, wie bereits auch in den Vorjahren, eine zehnpromtente Verzinsung des von den Gesellschaftern eingezahlten Stammkapitals erreicht.

Die DEGES wurde vom Land Schleswig-Holstein mit der zeit- und sachgerechten Realisierung des Projektes „Sechsstreifiger Ausbau der A7 vom Autobahndreieck Bordesholm bis zur Landesgrenze SH/HH (Anschlussstelle Schnelsen-Nord)“ als A-Modell (Betreibermodell/ÖPP-Projekt) beauftragt. Der Ausbau umfasst eine Strecke von rd. 60 km und soll dazu dienen, die A7 an die wachsende Verkehrsmenge anzupassen.

Projektstart für den Ausbau der A7 war am 29. September 2014. Der Ausbau ist in sieben Bauabschnitte eingeteilt, die zeitversetzt ausgebaut werden, um sog. „Erholungsstrecken“ zu schaffen, in denen ohne Einschränkung der Fahrbahnbreite gefahren werden kann. In vier Bauabschnitten ist die Betonfahrbahn bereits nahezu fertiggestellt worden. Es wurde mit den Ersatzneubauten für Brückenbauwerke begonnen. Neugebaut wurde auch die Autobahnmeisterei Nützen bei Kaltenkirchen, von der zukünftig der Betriebsdienst der 59 km langen Gesamtstrecke bedient wird.

Derzeit befinden sich die Planungen der DEGES noch im Zeitplan. Der Bau umfasst insgesamt sechs Bauabschnitte. Baubeginn war im November 2014, als Fertigstellungstermin ist der Dezember 2018 vorgesehen.

Das Land Schleswig-Holstein hat der DEGES im Jahr 2015 die Planung und spätere Baudurchführung für die Maßnahme „Ersatzneubau der Rader Hochbrücke“ übertragen.

Die Rader Hochbrücke überführt östlich von Rendsburg die Bundesautobahn A7 über den Nord-Ostsee-Kanal und die Borgstedter Enge. Das knapp 1.500 Meter lange Bauwerk wurde 1972 für den Straßenverkehr freigegeben und spielt eine zentrale Rolle im Verkehr von und nach Dänemark und Skandinavien.

Bei Überprüfungen im Jahr 2013 wurden gravierende Schädigungen an den Pfeilerköpfen festgestellt, die als Sofortmaßnahme Teilsperren für Lkw über 7,5 t sowie die Beschränkung auf einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung erforderten. Nach Abschluss der nötigen Instandsetzungsarbeiten konnten diese Beschränkungen größtenteils wieder aufgehoben werden. Es ist jedoch von einer verbleibenden Nutzungsdauer von 11 Jahren auszugehen, so dass ein Ersatzneubau unumgänglich wird. Im Zug der Variantenuntersuchung sind sowohl Tunnel- als auch Brückenlösungen zu bewerten.

Die Machbarkeitsstudie für das Ersatzbauwerk steht kurz vor dem Abschluss. Die Bauwerksvarianten stimmt die DEGES derzeit mit der Straßenbauverwaltung des Landes und dem BMVI ab. Im Januar 2016 fand ein Termin zur Festlegung des Untersuchungsraumes für die Umweltverträglichkeitsstudie statt. Untersuchungsraum und -tiefe sind abgestimmt und die notwendigen Arbeiten konnten aufgenommen werden. Kartierungen von Flora und Fauna liefen bis zum Herbst 2016 und werden nun ausgewertet.

Für beide Projekte hat die DEGES im Jahr 2015 rund 4,37 Mio. € aus dem Landeshaushalt erhalten. Davon entfallen rund 2,37 Mio. € auf Zweckausgaben sowie 2,00 Mio. € auf die Erstattung von Verwaltungskosten einschließlich Vertragsübernahmen.

Ausblick

Die DEGES wird den Fokus ihres Handelns u. a. auf die weitere Akquisition neuer Gesellschafter und Projekte richten. Dies entspricht den mittel- und langfristigen Zielen, die im März 2009 vom Aufsichtsrat für die Gesellschaft beschlossen wurden. Gleichzeitig erfolgt die weitere zügige Realisierung und Abrechnung der an die DEGES übertragenen Projekte.

Auf Grundlage der in den Dienstleistungsverträgen geregelten Kostenerstattung durch Bund und Länder wird auch für die kommenden Geschäftsjahre mit einem Jahresüberschuss von mindestens 6.260 € gerechnet.

Die DEGES nimmt bei der Akquirierung und Durchführung ihrer Aufträge nicht am Wettbewerb im Sinne des Vergaberechts teil. Sie steht jedoch im ständigen Vergleich mit den ansonsten in der Branche agierenden Strukturen: der Auftragsverwaltung der Länder sowie, was Teilbereiche betrifft, den Consultants. Angesichts der nachhaltigen Bestrebungen der Länder zur Straffung ihrer Verwaltung wächst die Rolle der DEGES als zusätzliche bzw. gemeinsame Ressource der Gesellschafter für komplexe und länderübergreifende Aufgabenstellungen.

Eichdirektion Nord AöR



Düppelstraße 63
 24105 Kiel
 Telefon: (04 31) 9 88 - 44 50
 Telefax: (04 31) 9 88 - 44 59
 E-Mail: eichdirektion@ed-nord.de
 Internet: www.eichdirektion-nord.de

Unternehmensaufgabe

Der Eichdirektion Nord (EDN) obliegen die nach dem Eichgesetz und die nach dem Gesetz über Einheiten im Messwesen sowie der jeweils darauf gestützten Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung durchzuführenden Aufgaben des gesetzlichen Messwesens soweit sie die drei Anstaltsträger durch Rechtsverordnung auf die EDN übertragen haben.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der EDN	2.610.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.250.000	47,89
Freie und Hansestadt Hamburg	530.000	20,31
Mecklenburg-Vorpommern	830.000	31,80

Geschäftsführung

- Dr. Herbert Weit, technischer Vorstand und Sprecher des Vorstands
- Gerd Hansen, kaufmännischer Vorstand

Verwaltungsrat

- Dorothea Werk-Dorenkamp (Vorsitzende), BWVI HH
- Friederike Kampschulte, MWAVT SH
- Verena Krüger, MWAG MV
- Katrin Buskase, FM MV
- Regina Klein, FM SH
- Ulrich Kolß, BWVI HH
- Gunther Thöndel, Personalvertreter der Eichdirektion Nord

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 für ihre Tätigkeit im Verwaltungsrat keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	1.815	1.829	2.004
Liquide Mittel	7.781	5.678	4.767
Eigenkapital	3.885	3.401	3.401
Forderungen davon gegen Anstaltsträger	17.490 17.081	17.032 16.464	15.853 15.393
Rückstellungen für Pensionen u. ä.	19.806	18.216	16.260
Bilanzsumme	27.284	24.669	22.871

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	7.822	6.798	6.657
Erträge aus Verlustübernahme durch die Länder davon vom Land Schleswig-Holstein	130 0	406 101	410 202
Materialaufwand	63	50	54
Personalaufwand	5.302	5.311	4.866
Abschreibungen	423	434	422
Jahresergebnis	483	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	97	101	102
davon			
Frauen	20	20	18
Männer	77	81	84
Auszubildende	1	1	1
Teilzeitbeschäftigte	6	6	5
Vollzeitäquivalente	90,11	91,79	89,64
Kennzahlen	2015	2014	2013
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	2.094	662	2.985

Geschäftsverlauf

Die Ertragslage wurde durch Rückstellungsaufösungen positiv beeinflusst.

Bei den Personalkosten wirkten sich neben den Tarif- und Besoldungssteigerungen vor allem die gesunkenen Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen kostenmindernd aus.

Die Ergebnisaufteilung erfolgt anteilig auf die Anstaltsträger nach dem Grundsatz der verursachungsgerechten Zuordnung von Erträgen und Kosten auf Basis einer Kosten- und Leistungsrechnung.

Die verursachungsgerechte Erfassung der Kosten und Leistungen für die jeweiligen Anstaltsträger ist durch das Organisations- und Buchhaltungssystem gewährleistet.

Im Geschäftsjahr sind keine Zuschüsse als Verlustausgleich aus dem Landeshaushalt Schleswig-Holstein an die EDN erforderlich gewesen.

Ausblick

Um den Wegfall der Ersteichung für national geregelte Geräte durch entsprechende Konformitätsbewertungsverfahren zu kompensieren, hat die EDN frühzeitig die notwendigen organisatorischen Maßnahmen ergriffen und alle Voraussetzungen umgesetzt, die es den Trägerländern ermöglicht haben, die EDN als behördliche Konformitätsbewertungsstelle nach § 14 MessEG der anerkennenden Stelle beim Bundeswirtschaftsministerium zu melden. Dies gilt auch für die notwendige Re-Notifizierung für die Konformitätsbewertung nach den neuen europäischen Richtlinien 2014/31/EU für Nichtselbsttätige Waagen (NAWID) und 2014/32/EU für eine Vielzahl von Messgeräten (MID) zum 20. April 2016.

Am 17. März 2016 hat die Eichdirektion die Information erhalten, dass die Re-Notifizierung erfolgreich war. Die Eichdirektion ist damit weiterhin eine von der EU notifizierte Konformitätsbewertungsstelle.

Sowohl zur sachgerechten Fortführung der eichrechtlichen Aufgaben als auch zur Sicherung der Kompetenz im Bereich der Konformitätsbewertung werden auch zukünftig Schulungsmaßnahmen vorgesehen und die Umsetzung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems vorangetrieben.

Um einem Fachkräftemangel in der EDN entgegenzuwirken, sind Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung zu suchen und umzusetzen. Dazu sind mögliche Maßnahmen zu diskutieren und deren Anwendung auf die EDN zu prüfen. In diesem Projekt ist die Mitarbeit aller Leitungsebenen und Gruppen der Eichdirektion gefordert. Das Projekt soll im Laufe des Jahres 2016 starten.

Zur Förderung und zum langfristigen Erhalt der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gezielt Maßnahmen vorzusehen. Die Sondierung erster Möglichkeiten erfolgte schon in einer kleinen Arbeitsgruppe unter Teilnahme der Personalvertretung. In die weitere Diskussion über geeignete Maßnahmen sollen alle Gruppen, d.h. Geschäftsbereichs- und Abteilungsleitungen, Personalvertretungen, Gleichstellungsbeauftragte und Vertrauensperson der Schwerbehinderten einbezogen werden. Auch der betriebsärztliche Dienst und die Fachkraft für Arbeitssicherheit sollen involviert werden. Eine zumindest in der Einführungsphase projektbegleitende externe Unterstützung ist zu prüfen. Die ersten Maßnahmen sollen zumindest in einer Testphase innerhalb der kommenden sechs Monate starten. Noch in diesem Jahr soll nach Möglichkeit die gesamte Belegschaft im Rahmen entsprechender Veranstaltungen in dieses langfristig ausgelegte Projekt einbezogen werden.

Auf die Auswirkungen von Ereignissen auf dem Kapitalmarkt hat die EDN keinen Einfluss. Zum rechtzeitigen Erkennen von Risiken und Auswirkungen ist eine genaue Beobachtung der Entwicklungen notwendig, wie dies auch in der Vergangenheit geschehen ist. Ggf. müssen dann Planungen kurzfristig angepasst und soweit möglich, interne Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Dieses Vorgehen hat sich in der Vergangenheit bewährt.

EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH



Boschstraße 1
24118 Kiel
Telefon: 0431 9805-800
Fax: 0431 9805-888
Mail: info@eksh.org
Internet: www.eksh.org

Unternehmensaufgabe

Als gemeinnützige Einrichtung fördert die EKSH Wissenschaft und Forschung im Bereich Energie, Umweltschutz einschließlich Wissenschaft und Forschung und die Bildung im Bereich Energie sowie Klima- und Umweltschutz.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der EKSH	75.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000	33,33
HanseWerk AG	25.000	33,33
Hochschul-GbR / EKSH GmbH	25.000	33,33

Geschäftsführung

- Stefan Sievers
- Stefan Brumm

Bei der EKSH existiert kein Aufsichtsrat. Die Gesellschafter entsenden individuell bevollmächtigte Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	24.871	24.579	28.008
Liquide Mittel	457	3.184	533
Eigenkapital	22.295	23.468	24.136
davon			
gezeichnetes Kapital	75	75	75
Kapitalrücklage	24.262	23.607	23.607
Verlustvortrag	-214	454	2.124
Jahresfehlbetrag	-1.828	-668	-1.670
Rückstellungen	33	28	31
Bilanzsumme	25.428	27.877	28.622

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Betriebliche Erträge	510	317	28
Aufwendungen für die Erfüllung des Gesellschaftszwecks	2.352	1.652	2.219
Personalaufwand	477	465	462
Abschreibungen	26	11	13
Sonstige betriebliche Aufwendungen	155	159	178
Erträge aus Wertpapieren	896	1.394	1.317
Jahresergebnis	-1.828	-668	-1.670

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	8	6	5
davon			
Frauen	4	4	3
Männer	4	2	2
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	6	3	2
Vollzeitäquivalente	3,45	3,88	3,50

Bei den Teilzeitbeschäftigten handelt es sich um befristete Halbtagskräfte, die Projekten zugeordnet sind, und um eine studentische Hilfskraft, die für Aushilfsarbeiten als Minijobberin in der EKSH tätig war.

Kennzahlen	2015	2014	2013
Sachanlageinvestitionen	129	32	39
beschiedene Projekte	42	36	30
davon von Dritten	41	28	20
durchgeführte Veranstaltungen	14	15	10*

*) zzgl. diverser Informationsveranstaltungen im Schleswig-Holstein Energieeffizienz-Zentrum SHeffZ in Neumünster (Konzeption und Förderung: EKSH), die nicht einzeln dokumentiert werden.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2015 hat die EKSH zur Erfüllung ihres Satzungszweckes etwa 50 Einzelprojekte bearbeitet.

Ein Schwerpunkt war, wie in den Vorjahren, das Programm „HWT Energie und Klimaschutz“, in dem bisher 23 Kooperationsprojekte von Wissenschaftlern mit Unternehmen gefördert werden konnten; acht davon im Jahr 2015.

Bei der von der EKSH veranstalteten und finanzierten EnergieOlympiade für schleswig-holsteinische Kommunen sind im Juni 2015 die Sieger der siebenten Wettbewerbsrunde ausgezeichnet worden.

Die bundesweit beachtete Aktion „stromabwärts! wurde in 2015 im zweiten Jahr durchgeführt, nachdem die EKSH erstmalig das Jahr 2014 gemeinsam mit der Verbraucherzentrale und zahlreichen Energieversorgungsunternehmen aus Schleswig-Holstein zum „Stromsparjahr“ ausgerufen hatte.

Auch im Geschäftsjahr 2015 wurde der Ausbau des Schleswig-Holstein Energieeffizienz-Zentrums SHeff-Z in Neumünster vorangetrieben. Seit Sommer 2015 ist zudem das mobile Energiesparmobil unterwegs und stellt seine „fahrende Ausstellung“ den Verbraucherinnen und Verbrauchern der Region zur Verfügung.

Die Gesellschaft finanziert ihren Betrieb und ihre Tätigkeit nach Satzungszweck aus Zinseinnahmen und ergänzenden, jährlichen Entnahmen aus der Kapitalrücklage.

Weiterhin hat die Gesellschaft auch in 2015 letzte, noch nicht abgeschlossene Projekte der zum 31.12.2011 aufgelösten Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) abgewickelt. Hierfür verwaltete die Gesellschaft ein Treuhandvermögen des Landes, dem Rechtsnachfolger der ISH. In 2015 wurden die Förderbeträge der drei letzten noch laufenden ISH-Projekte ausbezahlt. Daraufhin haben sich die Gesellschafter auf eine finale Abrechnung der ausgewiesenen Treuhandverbindlichkeiten geeinigt. Das Treuhandvermögen wurde der Kapitalrücklage zugeführt. Dies erklärt auch den an dieser Stelle in der Bilanz ausgewiesenen Zuwachs um 655 T€.

Zum 1. Oktober 2015 hat in der Gesellschaft ein Geschäftsführerwechsel stattgefunden.

Ausblick

Die Gesellschaft wird ihre Fördertätigkeit zu gemeinnützlichen Zwecken in den Jahren 2016 und 2017 fortführen. Das Land verspricht sich durch die EKSH eine aktive Begleitung und Flankierung zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende. Da jedoch der finanzielle Spielraum der EKSH endlich ist – er basiert auf dem Verzehr des von der ISH übernommenen Vermögens und ist auch beeinflusst

durch die Höhe der Zinserträge – sind Wege für die Einwerbung von zusätzlichen Mitteln zu finden. Somit strebt die EKSH in jedem Geschäftsjahr die Einwerbung von Drittmitteln und Spenden an.

Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH



Friedensallee 14 – 16
22765 Hamburg
Telefon: 040 / 39 83 7 – 0
Fax: 040 / 39 83 7 – 10
Mail: info@ffhsh.de
Internet: www.ffhsh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand der FFHSH ist die Entwicklung, Pflege und Stärkung der Filmkultur und Filmwirtschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein durch insbesondere die Förderung von Erfolg versprechenden Film- und Fernsehprodukten aller Genres sowie durch die Erbringung von Dienstleistungen, die zur Erreichung der Förderziele notwendig sind.

Die Förderung umfasst Maßnahmen zur finanziellen Förderung der Projektentwicklung, der Produktionsvorbereitung und der Produktionsdurchführung, der Postproduktion, des Abspiels, Verleihs und Vertriebs von Filmproduktionen.

Zu den Dienstleistungen gehört u. a. auch der Betrieb der Filmwerkstatt in Kiel mit den Mitteln der Zuwendung gemäß § 55 Abs. 4 Nr. 2 b des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein in der jeweils geltenden Fassung (Medienstaatsvertrag HSH).

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der FFHSH	25.600	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	6.450	25,20
Freie und Hansestadt Hamburg	19.150	74,80

Geschäftsführung

Maria Köpf

Aufsichtsrat

- Dr. Carsten Brosda (Vorsitzender) Senatskanzlei HH
- Sabine Rossbach (stellv. Vorsitzende), NDR
- Susanne Bieler-Seelhoff, MJKE SH
- Prof. Martin Hagemann, Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf
- Marlis Kieft, Unternehmerin
- Dr. Frauke Pieper (Vertreterin des ZDF)
- Dr. Michael Trautmann, Unternehmer
- Dr. Pit Hosak, Kulturbehörde Hamburg
- Claudia Landsberger, Media Consultant

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in €)	Anteil FFHSH (in %)
Filmfest Hamburg gGmbH	25.600	100,00
Creative Europe Desk Hamburg GmbH ¹	25.565	100,00

Unternehmensdaten

(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	245	196	141
Forderungen gegen die FHH	7.163	6.553	6.553
Liquide Mittel	6.732	6.351	8.758
Eigenkapital	26	26	26
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	219	170	116
sonstige Rückstellungen	9.548	8.582	11.516
davon			
für Förderverpflichtungen	8.518	7.143	9.411
für Förderverpflichtungen Filmwerkstatt	130	137	234
für nicht verbrauchte Fördermittel	0	549	1.295
Verbindlichkeiten aus Filmförderung	4.557	4.463	4.176
Bilanzsumme	14.396	13.261	15.947

¹ Ehemals MEDIA DESK Informationsstelle für europäische Filmförderung GmbH

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Erträge aus Zuwendungen	13.523	12.914	12.933
davon			
FHH	8.216	8.216	8.101
Land SH	160	155	145
MA HSH ²	---	---	---
Rundfunkgebührenmittel	2.500	2.500	2.500
Zuwendungen NDR / ZDF	2.000	2.000	2.000
Sonstige betriebliche Erträge	3.462	2.584	3.669
Aufwendungen für Filmförderung ³	14.369	13.006	14.124
Personalaufwand	1.178	1.118	1.068
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.384	1.363	1.406
Jahresergebnis	0	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen, kumuliert)	23	25	28
davon			
Frauen	17	19	20
Männer	7	6	8
Auszubildende	1	1	2
Teilzeitbeschäftigte	7	10	9
Vollzeitäquivalente	21,0	20,4	19,7

Kennzahlen	2015	2014	2013
Zahl der geförderten Projekte	215	214	220
Auszeichnungen für geförderte Filme	56	83	69
Drehtage (gesamt)	2.314	2.063	2.041
Regionaleffekt (in %)	220	205	186

² Anteilige Zuführung aus einer Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 928 T€ von nicht verwendeten Rundfunkgebührenmitteln für die Jahre 2010 bis 2012.

³ Beinhaltet einen Ausgleich der GuV, der den Aufwand von nicht verwendeten Fördermitteln des jeweiligen Geschäftsjahres betrifft.

Geschäftsverlauf

Die FFHSH entwickelte sich im Geschäftsjahre 2015 weiterhin positiv. Es konnte ebenso wie im Vorjahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt werden.

Die Region Hamburg / Schleswig-Holstein war als Drehort erneut sehr gefragt. Die von der Film Commission der FFHSH betreuten Produktionen drehten im Jahr 2015 an insgesamt 2.314 Tagen (2014: insgesamt 2.063 Tage) in Hamburg (1.762 Tage) und Schleswig-Holstein (552 Tage). Die Anzahl der Drehtage konnte im Vergleich zum Vorjahr um 251 Tage erhöht werden.

Der kalkulierte Regionaleffekt betrug 2015 ca. 12.400 T€ (2014: 21.000 T€), was einer Quote von rd. 220 % entspricht. 2014 lag die Quote bei rd. 205 %.

Im Jahr 2015 wurden 95 geförderte Produktionen auf 135 nationalen und internationalen Festivals gezeigt, wobei 30 Projekte mit insgesamt 56 Preisen ausgezeichnet wurden.

Im Geschäftsjahr 2015 hat die FFHSH für die Entwicklung, Herstellung und Auswertung von 215 Filmprojekten (2014: 214) insgesamt rd. 14.200 T€ (2014: 12.500 T€) vergeben. Der größte Anteil mit einem Fördervolumen von 10.400 T€ (2014: 10.200 T€) entfiel hierbei auf die Produktionsförderung von 67 (2014: 78) Kino- und TV-Filmen. Das Fördervolumen für die Produktionsförderung von 85 Kino- und TV-Filmen belief sich auf 12.400 T€.

Die FFHSH finanziert sich zu einem Großteil aus Zuwendungen der öffentlichen Hand. Seitens der Freien und Hansestadt Hamburg erhielt die FFHSH im Geschäftsjahr 2015 eine institutionelle Förderung in Höhe von insgesamt 8.215 T€. Darüber hinaus sind der FFHSH entsprechend den Festlegungen des Medienstaatsvertrags HSH aus dem Rundfunkgebührenanteil der beteiligten Länder 2.500 T€ zugeflossen. 2.200 T€ dieser Mittel wurden für die Förderung von Film- und Fernsehproduktionen verwendet abzüglich eines Anteils für Betriebs- und Personalkosten und die Beratung von Produktionsunternehmen. 300 T€ sind wie jährlich vorgesehen für die Betriebs- und Fördermittel der Filmwerkstatt Kiel vergeben worden. Seitens des NDR und des ZDF wurden Fördermittel in Höhe von jeweils 1.000 T€ ausschließlich für die Filmförderung bereitgestellt.

Vonseiten des Landes Schleswig-Holstein erhielt die Gesellschaft in 2015 eine institutionelle Zuwendung in Höhe von 160 T€. Mit diesem Betrag beteiligte sich das Land an den Betriebs- und Personalkosten der Filmwerkstatt Kiel. Zusätzlich gab es in 2015 insgesamt 35 T€ für die Projektförderung für Kinoprogrammpreise Schleswig-Holstein.

Für 2016 sind an institutioneller Förderung ebenfalls 160 T€ vorgesehen, für die Projektförderung für Kinoprogrammpreise Schleswig-Holstein wie im Vorjahr 35 T€.

Ausblick

Trotz angespannter Haushaltslagen in den beteiligten Ländern ist erkennbar, dass die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein an ihrem Vorhaben festhalten, den Medienstandort Norddeutschland zu stärken. Im Zusammenhang mit der Novellierung des Medienstaatsvertrages wird ab 2017 die institutionelle Förderung des Landes Schleswig-Holstein um 557,0 T€ auf jährlich 717,0 erhöht; darin enthalten sind auch Drehbuchentwicklungen und Koproduktionen im Ostseeraum. Darüber hinaus sollen weitere 15,0 T€ (insgesamt 50,0 T€) seitens des Landes Schleswig-Holstein für die Projektförderung für Kinoprogrammpreise Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt werden.

Die Zuwendungen des NDR und ZDF verbleiben absehbar auf konstantem Niveau.

Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH



Holstenbrücke 8-10

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 98 26 59 – 211

Fax: 0431 / 98 26 59 – 210

Mail: gbs@sad-rondeshagen.de

Internet: www.sad-rondeshagen.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der GBS ist die Förderung des Umweltschutzes durch Planung, Errichtung und Betrieb von Abfallbeseitigungsanlagen für solche Abfälle, die wegen ihrer Art oder Menge nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können und deshalb einer besonderen Anlage bedürfen (Sonderabfälle). Die GBS betreibt die einzige vollständig eingehauste Deponie für Sonderabfälle in Deutschland auf einem 22,24 ha großen Gelände bei Lübeck.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der GBS	25.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	12.500	50,00
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH, Hamburg	12.500	50,00

Geschäftsführung

Hans-Joachim Berner

Aufsichtsrat

- Roland Kübitz-Schwind (Vorsitzender), MELUR SH
- Petra Bödeker-Schoemann (stellv. Vorsitzende), HGV
- Dr. Heribert Dernbach, BSU HH
- Dr. Martin Kruse, IHK Kiel
- Torben Rossow, FM SH
- Elke Schekahn, BSU HH

Ohne Stimmrecht:

- Andreas Albrecht, Gemeinde Rondeshagen
- Dr. Carl-Heinz Schulz, Kreis Herzogtum Lauenburg

Die Sitzungsgelder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2015 570,00 €

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	949	2.970	5.094
Liquide Mittel	17.342	17.891	16.308
Eigenkapital	7.573	10.925	11.793
langfristige Rückstellungen	10.944	10.302	9.918
davon für Rekultivierung	4.610 ⁴	4.871	4.543
für Hallendemontage	6.334	572	533
für Nachsorge		4.859	4.842
Bilanzsumme	18.755	21.381	21.907

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	2.729	2.366	2.520
Materialaufwand	645	765	816
Personalaufwand	493	506	474
Abschreibungen	2.017	1.156	1.009
davon verfüllmengenbedingt ⁵	1.961	1.121	974
Jahresergebnis	-3.352	-868	-932

⁴ Die Rückstellungen für Hallendemontage und Rekultivierung werden nunmehr zusammengefasst, weil sie Teil eines gemeinsamen Bauvorhabens sind und die Rückstellungen für Hallendemontage nur noch einen marginalen Teil der Summe ausmachen.

⁵ Das Deponiegrundstück, das Betriebsgelände, die Polder und unmittelbar dem Deponiekörper zuzurechnende Anlagen und Maschinen werden entsprechend § 7 Abs. 6 EStG nach dem Verfüllvolumen abgeschrieben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	7	7	7
davon			
Frauen	1	1	1
Männer	6	6	6
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	2	2	2
Vollzeitäquivalente	6,0	6,0	6,0

Kennzahlen	2015	2014	2013
Einlagerungsmenge (in t)	79.828	53.464	47.794
Restvolumen (in m ³)	11.951	47.273	67.993
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-549	622	1.165

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2015 setzte sich die uneinheitliche Entwicklung des Marktes fort. Sowohl im Bereich der Sonderabfälle aus Industrie und Gewerbe, als auch bei Abfällen aus Sanierungsvorhaben war erneut ein Mengenzuwachs zu verzeichnen. Die GBS konnte mit 79.828 t ihr Einlagerungsziel von 50.000 t deutlich übertreffen.

Das Jahresergebnis fällt mit -3.352 T€ deutlich schlechter als im Vorjahr aus (-828 T€). Ins Gewicht fallen hierbei die im Zuge der deutlich gesteigerten Einlagerungsmenge gesunkenen Durchschnittserlöse je Tonne. Dieser Effekt wird zudem verstärkt durch noch höhere Abschreibungen als im Vorjahr, die für Sachanlagen entsprechend § 7 Abs. 6 Einkommensteuergesetz leistungsbezogen in Abhängigkeit des Verfüllungsgrades der Deponie bemessen werden. Die Zunahme der Einlagerungsmenge führte in 2015 somit zu einem gesteigerten Abschreibungsaufwand von 1.961 T€ (Vorjahr: 1.156 T€). Außerdem kommen merklich rückläufige Zinserträge aus Kapitalanlagen sowie gestiegene Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen zum Tragen.

Im Geschäftsjahr sind keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an die GBS geflossen.

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die Deponie verfüllt werden.

Ausblick

Das Ende des aktiven Deponiebetriebs ist nunmehr eingetreten und bedeutet eine Zäsur im unternehmerischen Handeln der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund ist es die Aufgabe der GBS, die Deponie möglichst in den nächsten beiden Jahren zu rekultivieren und in die Nachsorgephase zu überführen.

Dementsprechend richtet sich das Augenmerk sehr verstärkt auf die Planungen der Nachsorgephase.

Die finanzielle Lage des Unternehmens ist geordnet. Wesentlich ist, dass das Unternehmen den voraussichtlich 30jährigen Nachsorgezeitraum finanzieren kann – nach heutigem Kenntnisstand ist dies gesichert.

GMSH

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR



Gartenstraße 6
24103 Kiel
Telefon: 0431 / 599-0
Fax: 0431 / 599-1188
Mail: mail@gmsh.de
Internet: www.gmsh.de

Unternehmensaufgabe

Die GMSH ist das Organ des Landes und des Bundes für die Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben. Darüber hinaus ist die GMSH mit der Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH) seit dem 1. Januar 2011 auch das Organ des Landes für die Wahrnehmung der Bewirtschaftungsaufgaben. In dieser Ausrichtung ist die GMSH auch zuständig für die Koordinierung und Deckung des Bedarfes des Landes an Verwaltungsgebäuden. Weiterhin ist die GMSH im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes im eigenen Namen zuständig für die Abwicklung der notwendigen Beschaffungen für Landesbehörden.

Die GMSH kann Bau-, Bewirtschaftungs- und Beschaffungsleistungen im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes auch für die Hoheitsbereiche sonstiger Träger der öffentlichen Verwaltung erbringen.

Als Betrieb gewerblicher Art ist die GMSH darüber hinaus in dieser umfassenden Ausrichtung auch tätig für öffentliche Einrichtungen, soweit diese Einrichtungen selbst nicht hoheitlich tätig sind, sowie für private Einrichtungen, an denen Träger der öffentlichen Verwaltung mehrheitlich beteiligt sind oder die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Die GMSH sorgt für Effizienzsteigerungen in allen Bereichen des staatlichen Bauens, der Gebäudebewirtschaftung und der Beschaffung und trägt so zu einer nachhaltigen Entlastung des Landeshaushaltes bei.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Gezeichnetes Kapital der GMSH	8.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	8.000.000	100,00

Geschäftsführung

Frank Eisoldt

Verwaltungsrat

- Dr. Philipp Nimmermann (Vorsitzender), FM SH
- Rolf Fischer (stellvertretender Vorsitzender), MSGWG SH
- Manuela Söller-Winkler, MIB SH
- Ursel Hoppe, MJKE SH
- Dagmar Streich, BMUB

Vergütungen oder Sitzungsgelder werden nicht gezahlt.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	4.006	4.100	3.504
Umlaufvermögen	139.145	117.283	114.778
Eigenkapital	15.510	14.752	14.672
davon			
gezeichnetes Kapital	8.000	8.000	8.000
Rücklagen	6.160	6.160	6.160
Bilanzgewinn	1.350	592	512
Rückstellungen			
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	111.986 93.060	97.838 80.665	87.873 70.886
Verbindlichkeiten	16.314	9.361	16.360
Bilanzsumme	143.810	121.951	118.905

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	54.256	32.241	33.948
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	19	-1	-88
sonstige betriebliche Erträge	84.125	77.872	73.379
Materialaufwand	49.758	28.810	30.626
Personalaufwand	72.388	66.757	62.806
Abschreibungen	1.356	1.196	1.072
sonstige betriebliche Aufwendungen	11.308	10.583	10.313
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	354	405	700
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.663	2.568	2.482
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.281	602	641
außerordentliche Aufwendungen	496	496	496
Steuern	26	27	23
Jahresergebnis	759	79	122

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zum 31.12.)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	1.295	1.274	1274
davon			
Frauen	546	544	544
Männer	749	730	730
Auszubildende	29	32	29
Teilzeitbeschäftigte	328	327	314
Vollzeitäquivalente	1.117,5	1.105,8	1.113,3

Kennzahlen	2015	2014	2013
Bausgabevolumen Bundesbau	95.700	86.000	70.600
Bausgabevolumen Landesbau	132.240	102.520	93.400
Bewirtschaftete Liegenschaften (per 31.12.)	735	725	741
Verwaltete Drittmietverträge (per 31.12.)	614	607	621
Beschaffungen im eigenen Namen (in T€)	49.600	28.600	30.300
Ausschreibungen im fremden Namen	1.377	1.100	1.031

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsbereich Bundesbau wurde das prognostizierte Bauvolumen in Höhe von 98 Mio. € insgesamt erreicht. Die Bauausgaben beliefen sich im Jahr 2015 auf 95,7 Mio. € zuzüglich der Beteiligung an Projekten des Landes zur Flüchtlingsunterbringung mit direkten Bauumsätzen in Höhe von 2,5 Mio. €. Das Ausgabevolumen liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert von 86,0 Mio. € und ist im Wesentlichen auf die weiter steigenden Bauumsätze im Bereich der Bundeswehr zurückzuführen, nach dem die rückläufige Entwicklung der Vergangenheit bereits im Vorjahr durchbrochen werden konnte.

Für den Landesbau hat das Land Schleswig-Holstein beginnend mit dem Jahr 2015 einen deutlichen Anstieg des regelmäßigen Bauvolumens angekündigt. Das Bauvolumen ist mit 132,2 Mio. € deutlich höher ausgefallen als die Prognose von 127 Mio. €. Diese prognostizierten Bauausgaben für 2015 lagen bereits ca. 25 Mio. € über dem realisierten Bauvolumen von 102,5 Mio. € des Jahres 2014. Der darüber hinausgehende zusätzliche Anstieg von knapp 5 Mio. € lässt sich auf Mehrausgaben im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtungen für die Flüchtlingsunterbringung zurückführen. Neben dem klassischen Verwaltungsbau, der auch die Modernisierung der Justizvollzugsveranstaltungen beinhaltet, stellt der unmittelbar landesfinanzierte Hochschulbau unverändert eine feste Größe im Aufgabenvolumen des Geschäftsbereiches Landesbau dar. Hinzu kommen Aufgabenzuwächse in erheblichem Umfang durch ressortfinanzierte Aufträge aus den von der Landesregierung aufgelegten Sonderprogrammen und durch die weiterhin im Bereich des Universitätsklinikums durchzuführenden Baumaßnahmen.

Nach Realisierung der wesentlichen Kosteneinsparungen in den vergangenen Jahren ist der Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung bestrebt, eine nachhaltig ordnungsgemäße und wirtschaftliche Bewirtschaftung sicherzustellen und die unausweichlichen Kostensteigerungen aufgrund von Tarif- und Preissteigerungen nach Möglichkeit zu dämpfen. Dies erfolgt im Wesentlichen durch regelmäßige Überprüfung der notwendigen Leistungsstandards und deren Anpassung an sich verändernde Randbedingungen. Das Bewirtschaftungsvolumen zeigt eine stetige, auf dem Zeitstrahl leicht ansteigende Entwicklung, die neben der allgemeinen Preissteigerung insbesondere auch in der Übertragung weiterer Bewirtschaftungsaufgaben auf die GMSH begründet liegt. Die Gesamtbewirtschaftungskosten des Landes beliefen sich in 2015 auf rund 88,3 Mio. €. Die bewirtschaftete Fläche erhöhte sich in 2015 gegenüber dem Vorjahr um 162.066 m² auf 1.456.737 m².

Der Umsatz des Bereiches **Beschaffung** mit Waren und Dienstleistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung mit dem Land und mit anderen Hoheitsträgern erreichte in 2015 einen Wert von 53,0 Mio. € und übertraf den Wert des Vorjahres von 31,2 Mio. € bei weitem. Die für das Jahr 2015 prognostizierten Umsätze in Höhe von 35,0 Mio. € wurden damit ebenfalls deutlich überschritten. Neben dem Beschaffungsvolumen seitens des Landes und der sonstigen Träger der öffentlichen Verwaltung ist die Belieferung der Feuerwehren im Land mit digitalen Funkgeräten und die Abwicklung

diverser Beschaffungen im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung als Grund hierfür zu nennen. Auch die Erlöse für die Durchführung von Ausschreibungen stiegen um 14,6 % auf 0,89 Mio. € gegenüber 0,78 Mio. € im Vorjahr. Hierbei wurde ein Ausschreibungsvolumen von 287,7 Mio. € abgewickelt (Vorjahr: 101,0 Mio. €).

Die Bilanzsumme der GMSH beträgt in 2015 143,8 Mio. € und weist einen moderaten Anstieg auf, der im Wesentlichen aus Zuführungen zu den Rückstellungen für Beamtenpensionen und aus der Erhöhung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung resultiert. Bei den außerordentlichen Aufwendungen handelt es sich weiterhin um die Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, das u. a. eine Neufestsetzung der Abzinsungssätze für die Berechnung des Barwertes von Verpflichtungen vorsieht. Der Unterschiedsbetrag für die Pensionsrückstellungen wird seit 2010 über 15 Jahre verteilt und beträgt 495 T € p. a.

Die GMSH hat für das Jahr 2015 vom Land im Wesentlichen die folgenden Zahlungen erhalten: Organleihekosten für den Geschäftsbereich Landesbau 30,2 Mio. €, Erstattung der Kosten für Freiberuflich Tätige (Architekten, Gutachter etc.) für den Landesbau in Höhe von 19,8 Mio. €, Gesamtbewirtschaftungskosten (Hausmeister, Reinigung, Energieversorgung etc.- Eigen- und Fremdleistungen sowie Mietaufwendungen für Drittanmietungen) in Höhe von rund 88,3 Mio. € sowie für Beschaffungen rund 42,5 Mio. €. Soweit die GMSH in Organleihe für das Land tätig wird – das gilt grundsätzlich für die Geschäftsbereiche Landesbau und Gebäudebewirtschaftung - handelt es sich dabei um die Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten. Im Geschäftsbereich Beschaffung werden die Aufwendungen der GMSH (Regiekosten) kalkulatorisch ermittelt und entweder auf die beschafften Produkte aufgeschlagen (Beschaffungen im eigenen Namen) oder gesondert in Rechnung gestellt (Beschaffungen im fremden Namen).

Ausblick

Nachdem im Landesbau das Bauvolumen 2015 um 29 % über dem Vorjahreswert lag, wird für 2016 mit einem Bauvolumen auf dem Niveau des Jahres 2015 gerechnet. Für den Bereich Bundesbau wird nach dem deutlichen Anstieg der Bauausgaben in 2015 für 2016 nochmals ein leicht höheres Aufgabenvolumen erwartet.

Im Bereich der Gebäudebewirtschaftung wird aufgrund des Aufgabenzuwachses im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung in 2016 von einem erheblich höheren Bewirtschaftungsumfang ausgegangen. Ohne Berücksichtigung dieser Sondereffekte wird für den Bereich der Gebäudebewirtschaftung ebenso wie für die Beschaffung jeweils mit einer moderaten Ausweitung des Aufgabenvolumens gerechnet.

Die IT-technische Unterstützung soll insbesondere für die Baubereiche, aber auch für die Bereiche Beschaffung und Gebäudebewirtschaftung, weiter ausgebaut und – soweit möglich – vereinheitlicht werden, um weitere Synergieeffekte zu erzielen.

GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH



Havelstraße 7
24539 Neumünster
Telefon: (04321) 999 40
Fax: (04321) 999 444
E-mail: info@goes-sh.de
Internet: www.goes-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die Gesellschaft ist die zentrale Stelle für die Organisation der Entsorgung von gefährlichen Abfällen in Schleswig-Holstein und übernimmt hoheitliche Aufgaben gemäß § 11 des Landesabfallwirtschaftsgesetzes des Landes-Schleswig-Holstein in der jeweils gültigen Fassung und der dazu ergangenen Verordnungen und Erlasse.

Zur Erreichung des Gesellschaftszwecks darf die Gesellschaft sich auf allen Gebieten betätigen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

	in €	in %
Eigentumsverhältnisse:		
Stammkapital der GOES	300.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	77.250	25,75
Die Kreise und kreisfreien Städte des Landes zu je 5.050 €	75.750	25,25
SHEREG –Schleswig-Holsteinische Entsorgung und Recycling GmbH	36.750	12,25
EGSH – Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.	36.750	12,25
14 Verbände und Organisationen der abfallerzeugenden Wirtschaft in S.-H.	73.500	24,50

Geschäftsführung

Dr. Reinhard Weber

Aufsichtsrat

- Dr. Andreas Wasielewski (Vorsitzender), MELUR SH
- Stefan Dunst, Städteverband SH
- Martin Kayenburg, UV Nord
- Jürgen Strube, SHLT (stellvertretendes Mitglied) bis 1. Oktober 2016,
- Dr. Martin Kruse, IHK Schleswig-Holstein
- Regina Klein, FM SH
- Klaus Scherler, SHEREG mbH
- Lys Birgit Zorn, Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e. V.
- Oliver Stolz (Landrat Kreis Pinneberg), seit 21. November 2016

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	20	26	37
Liquide Mittel	991	896	1.020
Eigenkapital	1.013	947	886
Rückstellungen	24	20	24
Bilanzsumme	1.072	991	1.167

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	1.175	1.166	1.277
Personalaufwand	699	685	711
Jahresergebnis	67	60	85

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	13	13	13
davon			
Frauen	3	3	3
Männer	10	10	10
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	1	1	1
Vollzeitäquivalente	12,75	12,75	12,75
Kennzahlen	2015	2014	2013
Eigenkapitalrentabilität (in %)	7	6	9
Umsatz je Mitarbeiter (in T€)	90	90	98
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	99	-124	-50

Geschäftsverlauf

Die Ertragslage der Gesellschaft ist weiterhin zufriedenstellend. Die Umsatzerlöse sind gegenüber 2014 um 0,7 % und von 2015 auf 2016 um 184 T€ auf 1.359 T€ (+ 15,6 %) gestiegen.

Die Umsatzerlöse stammen im Wesentlichen aus dem hoheitlichen Bereich insbesondere aus der Notifizierung und dem Betrieb der Geschäftsstelle IKA (InformationsKoordinierende Stelle Abfall DV-Systeme) für die 16 Bundesländer zur Betreuung der Abfall-DV-Systeme.

Die Finanz- und Vermögenslage stellt sich weiterhin als sehr gut dar. Die Gesellschaft kommt seit Jahren ohne Fremdmittel zur Finanzierung ihrer Vorhaben aus. In den Geschäftsjahren 2015 und 2016 wurden Jahresüberschüsse von 66,7 T€, bzw. 94,0 T€ erzielt.

Ausblick

Die Umsatzerlöse aus Gebühreneinnahmen sind in 2016 gegenüber 2015 um 18,3 % gestiegen. Diese außergewöhnliche Steigerung ist durch Markteinflüsse bestimmt und nicht nachhaltig. Seit dem Geschäftsjahr 2012 wurde durch die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage im Jahresabschluss sichergestellt, dass zukünftig Ergebnisschwankungen im hoheitlichen Bereich ausgeglichen und die Gebühren konstant gehalten werden können. Zum 31.12.2016 beträgt diese zweckgebundene Rücklage 174,4 T€.

Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH



Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel
Telefon: 0431 / 988-3953
Fax: 0431 / 988-616-3953
E-Mail: Mathias.Sonnenberg@fimi.landsh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen aller Art von juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts im Interesse der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur des Landes Schleswig-Holstein und aller damit zusammenhängenden Geschäfte.

Die Gesellschaft hat zum 1. Oktober 2009 die Anteile an der Spielbanken Schleswig-Holstein Gruppe erworben. Mit Beschluss vom 17. Dezember 2010 ist die GVB als Kommanditistin ausgeschieden und hat ihre jeweilige Einlage bei den bisherigen Kommanditgesellschaften auf die neu gegründeten Gesellschaften mit beschränkter Haftung übertragen, deren Stammkapital von der Spielbank SH GmbH gehalten wird. Alleinige Eigentümerin der Spielbank SH GmbH ist die GVB.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der GVB	750.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	750.000	100,00

Geschäftsführung

Mathias Sonnenberg

Bei der GVB existiert kein Aufsichtsrat. Die Gesellschafter entsenden individuell bevollmächtigte Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil GVB (in %)
Spielbank SH GmbH	25,5	100,00

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.457	1.457	1.457
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.017	1.033	1.417
Sonstige Vermögensgegenstände	326	224	256
Guthaben Kreditinstitute	6.219	5.689	4.785
Eigenkapital	9.012	8.395	7.743
davon gezeichnetes Kapital	750	750	750
Gewinnrücklage	26.122	26.122	26.122
Verlustvortrag	-18.477	-19.130	-19.389
Jahresergebnis	617	652	260
Rückstellungen gesamt	11	11	12
Verbindlichkeiten gesamt	0	1	164
Bilanzsumme	9.023	8.408	7.919

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	1
Personalaufwand	11	11	11
davon soziale Abgaben	2	2	2
Sonstiger betrieblicher Aufwand	21	21	21
Erträge aus Beteiligungen	600	600	200
Zinsertrag	49	84	91
Jahresergebnis	617	652	260

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	2	2	2
davon			
Frauen	0	0	0
Männer	2	2	2
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte ⁶	2	2	2
davon			
Geschäftsführung	1	1	1

Geschäftsverlauf

Das wesentliche Geschäftsfeld der Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein bildet die Verwaltung der zum 1. Oktober 2009 übernommenen Beteiligung an der jetzigen Spielbank SH GmbH. Die Spielbank SH GmbH wiederum ist Eigentümerin der Spielbanken Lübeck, Schenefeld, Kiel, Flensburg und Sylt.

Bei nahezu unveränderter Bilanzstruktur hat sich die Bilanzsumme von 8,4 Mio. EUR auf 9,0 Mio. EUR leicht erhöht. Die unveränderten Finanzanlagen in Höhe von rd. 1,5 Mio. EUR und die ebenfalls nahezu unveränderten Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Gesellschafterdarlehen) in Höhe von 1,0 Mio. EUR (Vorjahr: 1,0 Mio. EUR) wurden aus eigenen Mitteln finanziert. Das Guthaben bei Kreditinstituten ist entsprechend der Entwicklung der Bilanzsumme von 5,7 Mio. EUR auf 6,2 Mio. EUR gestiegen. Die Eigenkapitalquote erreicht annähernd 100 Prozent. Aus der Beteiligung an der Spielbank SH GmbH konnten im Berichtsjahr Erträge in Höhe von 600 T€ (Vorjahr: 600 T€) realisiert werden. Daneben wurden Zinserträge aus Darlehen an verbundene Unternehmen und aus Termingeldern in Höhe von insgesamt 49 T€ (Vorjahr: 84 T€) erzielt. Vor diesem Hintergrund verringerte sich der Jahresüberschuss leicht gegenüber dem Vorjahr um 35 T€ auf 617 T€ (Vorjahr: 652 T€).

Im Berichtsjahr hatte die Gesellschaft einen Geschäftsführer. Ein weiterer Mitarbeiter wurde im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses im Abwicklungsbereich eingesetzt. Die Buchführung erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch eine externe Steuerberatungsgesellschaft.

Im Geschäftsjahr sind keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an die GVB geflossen.

Ausblick

Die Ertragslage der GVB wird wesentlich durch die geschäftliche Situation der Spielbankengruppe bestimmt. Das Land hat als Gesellschafter der GVB ein Interesse, einen geregelten Spielbetrieb unter ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten zu gewährleisten, die Einnahmen aus Abgaben dauerhaft zu erhalten und ggfs. eine Privatisierung zu ermöglichen. Der Spielbetrieb ist hinsichtlich der Konzessionen bis zum Jahre 2026 gesichert.

Nach prognostizierten Zahlenwerten für das Geschäftsjahr 2016 der Spielbankengruppe, erwartet die GVB eine Gewinnausschüttung in Höhe der beiden Vorjahre. Mittelfristig lässt sich eine Verstetigung der Ergebnisse feststellen, so dass im Geschäftsjahr 2017 eine Ausschüttung an das Land vorgesehen ist.

⁶ Vollzeitäquivalente sind nicht darstellbar, da es sich um nebenamtliche Tätigkeiten handelt.

HSH Finanzfonds AöR



Besenbinderhof 37

20097 Hamburg

Telefon: 040 / 37 70 75 0 – 0

Fax: 040 / 37 70 75 0 – 15 9

Mail: info@hsh-finanzfonds.de

Internet: www.hsh-finanzfonds.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der Anstalt ist eine Kapitalunterstützung der HSH Nordbank AG durch die Träger zur Unterstützung der HSH Nordbank AG bei der Erfüllung der dieser obliegenden Eigenkapitalanforderungen.

In diesem Zusammenhang hat die Anstalt im Rahmen der Durchführung einer ordentlichen Kapitalerhöhung 2009 Aktien der HSH Nordbank AG in Höhe von 3 Mrd. € erworben. Ferner hat die Anstalt 2009 mit der HSH Nordbank AG einen Garantiebereitungsvertrag geschlossen und der HSH Nordbank AG aufgrund dessen Garantien bis zu einer Garantiesumme in Höhe von 10 Mrd. € zur Absicherung von Risikoaktiva gewährt.

Eigentumsverhältnisse	In %
Land Schleswig-Holstein	50,00
Freie und Hansestadt Hamburg	50,00

Gemäß Staatsvertrag wurde die Anstalt ohne Eigenkapital gegründet.

Geschäftsführung

- Ralf Sommer
- Dr. Karl-Hermann Witte

Anstaltsträgerversammlung

- Andreas Bolenz, FB HH
- Dr. Rainer Klemmt-Nissen, HGV
- Peter Däuber, FM SH
- Agnes Witte, FM SH

Beteiligungen	Grundkapital in €	Anteil HSH Finanzfonds in %
HSH Beteiligungs Management GmbH	100.000	71,68

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,001	958.000	1.313.000
Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	102.222	102.222	102.222
Kasse, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	5.348	8.038	53.962
Eigenkapital	-823.256	-1.646.276	-1.313.324
davon			
Gewinnrücklagen	0	0	0
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag	823.020	-332.952	-57.847
Verbindlichkeiten	975.986	1.290.829	1.947.954
Eventualverbindlichkeiten	10.000.000	8.576.000	8.862.000
Bilanzsumme	976.116	2.714.951	3.086.092

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	405.561	406.239	621.106
davon Erträge aus der Garantie			620.642
Personalaufwand	565	546	530
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.205	201.064	269.031
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	958.000	355.000	161.000
Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag	823.020	-332.952	57.847

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamt (Personen)	6	6	6
davon			
Frauen	2	2	2
Männer	4	4	4
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	3	3	3
Vollzeitäquivalente ohne Geschäftsführung	4,5	4,5	4,5
Vollzeitäquivalente Geschäftsführung	0,4	0,4	0,4

Kennzahlen	2015	2014	2013
Eventualverbindlichkeit Garantie (in T€)	10.000.000	10.000.000	10.000.000
Rückgarantie der beiden Länder (in T€)	10.000.000	10.000.000	10.000.000
Tatsächlich abgerechnet unter der Garantie (in T€)	0	0	0
Puffer zu 3.200 (in T€) ⁷	1.550.979	2.089.153	2.419.407

Geschäftsverlauf und Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung der Anstalt ist insgesamt abhängig von der Entwicklung der HSH Nordbank AG, insbesondere von der Höhe einer möglichen Inanspruchnahme der Garantie, den Wertansätzen für die Beteiligung sowie den gewählten Zeitpunkten der Garantierückführungen.

Geschäftsverlauf und Ausblick werden für die Anstalt unter www.hsh-finanzfonds.de und für die Bank unter www.hsh-nordbank.de laufend aktualisiert dargestellt.

⁷ Gemäß Verlustabstimmungen zum 31.12. d.J. und Periodenbericht, der zeitlich nachgelagert genehmigt wird.

HSH Nordbank AG



Gerhart-Hauptmann-Platz 50

20095 Hamburg

Telefon: 040 / 33 33 – 0

Fax: 040 / 33 33 – 34 00 1

Martensdamm 6

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 90 0 – 01

Fax: 0431 / 90 0 – 34 00 2

mail: info@hsh-nordbank.com

Internet: www.hsh-nordbank.de

Unternehmensaufgabe

Die Bank ist eine allgemeine Geschäftsbank. Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind Bank- und Finanzgeschäfte aller Art sowie weitere Dienstleistungen und Geschäfte im kreditwirtschaftlichen Bereich. Sie bietet ferner als Bankpartner der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg Finanzdienstleistungen für öffentliche Kunden an und ist zuverlässiger und kompetenter Partner der Sparkassen in Schleswig-Holstein. Die Bank ist Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe.

Eigentumsverhältnisse	In €	in %
Grundkapital	3.018.224.530	100,00
davon		
HSH Beteiligungs Management GmbH		94,9
- <i>Freie und Hansestadt Hamburg</i>		11,91
- <i>HSH Finanzfonds AöR</i>		71,68
- <i>Land Schleswig-Holstein</i>		10,56
- <i>Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein</i>		5,85
9 Trusts beraten von J.C. Flowers & Co. LLC		5,10

Vorstand

- Stefan Ermisch
- Oliver Gatzke
- Ulrik Lackschewitz
- Torsten Temp

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:

- Dr. Thomas Mirow (Vorsitzender), ehem. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
- Silke Grimm, Euler Hermes Deutschland AG
- Stefan Jütte, ehem. Deutsche Postbank AG
- Dr. Rainer Klemmt-Nissen, HGV Hamburg
- Dr. David Morgan, J.C. Flowers & Co. UK Ltd.
- Dr. Philipp Nimmermann, FM SH
- Elke Weber-Braun, Wirtschaftsprüferin
- Jörg Wohlers, ehem. Hamburger Sparkasse AG und HASPA Finanzholding

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

- Olaf Behm (stellv. Vorsitzender)
- Stefanie Arp
- Peter Axmann
- Simone Graf
- Cornelia Hintz (ver.di)
- Rieka Meetz-Schawaller
- Stefan Schlatermund
- Klaus-Dieter Schwettscher (ver.di)

Die Aufsichtsratsvergütung betrug für das Geschäftsjahr 2015 insgesamt 468 T€ (ohne USt).

Beteiligungen:

Insgesamt 61 vollkonsolidierte Tochterunternehmen

davon 25 Gesellschaften mit 100 % Anteil am Eigenkapital

Unternehmensdaten:
(alle Angaben in Mio. €)

Ausgewählte Daten aus der Konzernbilanz	2015	2014	2013
Geschäftsvolumen	106.176	119.880	118.729
Bilanzielles Eigenkapital	4.885	4.672	4.579
davon			
Grundkapital	3.018	3.018	3.018
Rücklagen	1.784	1.508	2.335
Konzernbilanzverlust / -gewinn	99	159	-767
Rückstellungen	1.517	1.699	1.394
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.398	14.547	18.212
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	44.567	43.165	40.662
Verbriefte Verbindlichkeiten	18.616	27.634	28.561
Bilanzsumme	96.973	110.082	109.111

Ausgewählte Daten aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Zinserträge	4.397	5.119	6.097
Zinsaufwand	-3.443	-4.326	-5.021
Zinsüberschuss	1.032	586	929
Provisionsüberschuss	114	130	104
Handelsergebnis	84	62	193
Gesamtertrag	1.296	909	1.496
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-354	576	-833
Einzelwertberichtigungen	-2.822	-566	-2.117
Portfoliowertberichtigungen	-251	35	125
Kompensationsposten durch Garantie	3.077	1.401	744
Verwaltungsaufwand	-634	-724	-755
Ergebnis vor Restrukturierung	954	883	-48
Restrukturierungsergebnis	-31	-84	-56
Aufwand für öffentliche Garantien	-473	-521	-414
Konzernüberschuss/ -fehlbetrag	98	160	-769

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Konzern)	2.710	2.929	3.187
davon			
Frauen	1.138	1.239	1.358
Männer	1.572	1.690	1.829
Auszubildende	37	39	44
Teilzeitbeschäftigtenquote (in %)	26,8	25,9	23,8
Vollzeitäquivalente (jeweils 31.12.)	2.384	2.579	2.835

Kennzahlen	2015	2014	2013
Kernkapitalquote (in %)	16,4	14,4	14,3
Langfristrating ungarantiert Moody's	Baa3	Baa3	Baa3
Stand Alone Rating Moody's (1)	b3	b3	E
Bestand Gewährträgerhaftung in (Mrd. €) (2)	2,6	20,8	25,0

(1) In 2015 Methodikänderung bei Moody's: BCA (Baseline Credit Assessment) ersetzt bisheriges Stand Alone Rating und erhält neue Bezeichnung (Financial Strength (BCA))

(2) Hinsichtlich des Bestands der Gewährträgerhaftung ist zu beachten, dass der Wert für das Jahr 2014 im Beteiligungsbericht 2016 mit 2,9 falsch ausgewiesen war. Der korrekte Wert beträgt 20,8.

Geschäftsverlauf und Ausblick (Auszug aus dem Konzernlagebericht)

Vor dem Hintergrund der insgesamt verhaltenen Kreditnachfrage der Unternehmen bei gleichzeitig guter Nachfrage nach Immobilienkrediten sowie eines bewusst begrenzten Neugeschäfts im Shipping-Bereich blieb das abgeschlossene Neugeschäft mit Kunden der HSH Nordbank im Geschäftsjahr 2015 etwas unter dem Vorjahresniveau. Insgesamt konnten die Erträge der Kernbank jedoch spürbar von der Neugeschäftsentwicklung profitieren. Gleichzeitig konnten die Altlasten der Restructuring Unit mit einem Schwerpunkt auf dem Abbau von Schiffs- und Immobilienkrediten weiter deutlich reduziert werden.

Aufgrund der anhaltend schwierigen Branchenentwicklung in der Schifffahrt und der Auswirkungen der informellen Verständigung sowie der formellen Entscheidung der EU-Kommission auf die zu verkaufenden Portfolios hat die HSH Nordbank für 2015 außerordentlich hohe Risikovorsorge für die betroffenen Altbestände gebildet, die jedoch weitestgehend durch die Garantie kompensiert wurde.

Am 2. Mai 2016 hat die EU-Kommission eine formelle Entscheidung im laufenden EU-Beihilfverfahren getroffen und damit die Wiedererhöhung der von den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg gewährten Zweitverlustgarantie von 7 auf 10 Mrd. Euro genehmigt. Die gemäß Zusagenkatalog vereinbarten Strukturmaßnahmen sollen nach Umsetzung zu einer verbesserten

Finanz- und Risikosituation führen und die Basis für ein nachhaltig tragfähiges Geschäftsmodell bilden.

In der Folge haben die Länder eine Abwicklungsanstalt errichtet, die zur Entlastung der Bank Portfolien notleidender Kredite bis zu einer Höhe von 6,2 Mrd. Euro Exposure at Default (EAD) übernehmen darf. Am 30. Juni 2016 wurde ein Portfolio notleidender Schiffskredite im Volumen von 5 Mrd. Euro (Stichtag 31. Dezember 2015) an die ländereigene hsh portfoliomanagement AöR transferiert, wodurch die Bank spürbar von Altkrediten befreit wurde. Weitere 1,2 Mrd. Euro EAD dürfte die HSH Nordbank zu einem späteren Zeitpunkt noch an die Abwicklungsanstalt übertragen.

Als weiterer Punkt der EU-Entscheidung wurde eine Holdingstruktur etabliert, die eine Aufteilung in eine neu gegründete Holdinggesellschaft, die HSH Beteiligungs Management GmbH, sowie in eine zu privatisierende Tochtergesellschaft, die die operative Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank umfasst, vornimmt. Dadurch konnte eine maßgebliche Entlastung der operativen Gesellschaft von Garantiegebühren umgesetzt werden.

Unter www.hsh-nordbank.de wird der Geschäftsverlauf und Ausblick laufend aktualisiert dargestellt.

InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH



Emil-Sommer-Str. 7
28329 Bremen
Telefon: 0421 / 4361-0
Fax: 0421 / 4361-189
Mail: mail@inpha.de
Internet: www.inpha.de

Unternehmensaufgabe

Die InphA führt Untersuchungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten, die im Rahmen der Überwachung im Zuständigkeitsbereich der Gesellschafter anfallen, sowie damit verbundene Tätigkeiten durch. Wenn die Erfüllung dieser Aufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird, können auch entgeltliche Auftragsuntersuchungen gegenüber anderen und sonstigen Dritten durchgeführt werden.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital des InphA	38.400	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	6.400	16,67
Freie und Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Niedersachsen, Land Hessen, Saarland	6.400	16,67
jeweils		

Geschäftsführung

Dr. Konrad Horn

Aufsichtsrat

- Silke Seemann, MSGWG SH (seit dem 21.12.2016)
- Gerhard Zeitler (Vorsitzender), HSM HE
- Claudia Schröder, MS NI
- Dr. Volker Kregel, BGV FHH
- Dr. Thomas Lamberty (stellvertretender Vorsitzender), MSGFF SL
- Dr. Ludwig Müller, SWGV HB

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	817	853	1.009
Umlaufvermögen	1.249	1.088	690
Eigenkapital	1.878	1.738	1.526
davon gezeichnetes Kapital	38	38	38
Rücklagen	1.846	1.705	1.511
Rückstellungen	119	107	108
Bilanzsumme	2.081	1.942	1.707

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	97	178	66
sonstige betriebliche Erträge	116	117	109
Materialaufwand	123	114	114
Personalaufwand	1.131	1.090	1.044
Abschreibungen	202	208	232
sonstige betriebliche Aufwendungen	259	266	280
Jahresergebnis	-1.507	-1.434	-1.451
Nachrichtlich: jährliche Gesellschaftereinlage in die Kapitalrücklagen	1.647	1.647	1.647
davon Schleswig-Holstein	235	235	235

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamt	23	24	24
davon			
Frauen	17	18	18
Männer	6	6	6
Auszubildende	1	1	2
Teilzeitbeschäftigte	10	10	9
Vollzeitäquivalente	18,5	18,1	19,3

Kennzahlen	2015	2014	2013
Sachanlageinvestitionen	166	62	42
Untersuchte Proben	783	877	673
Eingesandte Proben	864	835	804
<i>Eingesandte kostenpflichtige Untersuchungsaufträge durch Dritte</i>	102	87	158
Untersuchte Proben / techn. MA im Durchschnitt (ohne Dritte)	79	86	83

Geschäftsverlauf

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2012 beschlossen, dass über die bisherigen Tätigkeiten hinaus zukünftig zusätzliche Tätigkeiten für sonstige Dritte angeboten und ausgeführt werden sollen.

Zudem trägt die Gesellschaft seit dem 16.01.2013 nach der Umfirmierung den Namen „InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik (InphA)“. Durch die Einführung des Begriffes „angewandte Analytik“ soll die Ausweitung der Tätigkeiten über die reine Untersuchung von Arzneimitteln hinaus verdeutlicht werden.

In diesem Zusammenhang wurde das Kontingent der Länder aufgrund des erfolgten Personalabbaus von 995 auf 854 abgesenkt. Im Jahr 2015 wurden 864 Proben tatsächlich (also 10 Proben mehr als vereinbart) eingesandt und das Kontingent damit zu 101% ausgeschöpft.

Die Anzahl der zusätzlich durch Dritte im Jahr 2015 eingesandten Untersuchungsaufträge beläuft sich auf 102.

Unter Berücksichtigung aller Proben hat jede/r technische/ Mitarbeiter/in im Jahr 2015 im Schnitt 90 Proben untersucht.

Es wurden alle laut Wirtschaftsplan 2015 notwendigen und vorgesehenen (Ersatz-) Investitionen realisiert.

Das Unternehmen finanziert sich aus den Beiträgen der als Gesellschafter beteiligten Bundesländer. Der Jahresfehlbetrag resultiert aus der bilanziellen Behandlung der Länderbeiträge, die – statt als Erlöse in die Gewinn- und Verlustrechnung – direkt in die Kapitalrücklage eingestellt werden.

Aus Entnahmen der Kapitalrücklage in entsprechender Höhe wird der Jahresfehlbetrag ausgeglichen und so ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erzielt. Das Land Schleswig-Holstein leistet hierzu einen jährlichen Beitrag von 235 T€ als Gesellschaftereinlage.

Die Vertreterin des Landes Schleswig-Holstein, Fr. Dr. Buck war vom 1.1.2014 bis zum 31.12.2015 Vorsitzende des Aufsichtsrates. Sie ist außerdem zum 1.12.2016 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Als neues Mitglied für Schleswig-Holstein wurde Frau Silke Seemann in den Aufsichtsrat berufen.

Ausblick

Wesentlich für die Gesellschaft ist in der nächsten Zeit weiterhin, wie sich die neuen Geschäftsfelder entwickeln, ob dadurch ggf. negative Auswirkungen auf das originäre Geschäft entstehen und die wirtschaftlichen Ansätze grundsätzlich erfüllt werden können. Die Geschäftsführung führt die positive finanzielle Entwicklung auch auf die zurückhaltende Investitionstätigkeit der beiden letzten Jahre zurück. Folglich stehen fällige Ersatzinvestitionen an.

Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR



Fleethörn 29 – 31

24103 Kiel

Telefon: (0431) 9905-0

Fax: (0431) 9905-3383

E-Mail: info@ib-sh.de

Internet: www.ib-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Erfüllung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB.SH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Gezeichnetes Kapital der IB.SH	100.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	100.000.000	100,00

Vorstand

- Erk Westermann-Lammers (Vorsitzender)
- Dr. Michael Adamska

Verwaltungsrat

- Dr. Philipp Nimmermann (Vorsitzender), FM SH
- Manuela Söller-Winkler (1. Vertreterin des Vorsitzenden), MIB SH
- Dr. Frank Nägele (2. Vertreter des Vorsitzenden), MWAVT SH
- Dr. Ingrid Nestle, MELUR SH
- Prof. Dr. Ute Vanini, Fachhochschule Kiel
- Elke Weber-Braun, selbst. Wirtschaftsprüferin
- Lars Schöning, IHK zu Lübeck
- Dr. Sönke Schulz, Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
- Martina Credo, IB.SH
- Cornelia Pankratz, IB.SH
- Matthias Strunck, IB.SH
- André Zobel, IB.SH

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 von der IB.SH keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil IB.SH (in %)
Entwicklungsgesellschaft Ostholstein	63,95	8,93
WFG Infrastruktur mbH	19,20	0,64
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH	6,24	24,00
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG)	360,00	25,01
Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein mbH	195,5	17,78
Anteile an verbundenen Unternehmen		
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	13.916,30	50,60
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH	25,00	100,00
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co KG	3.945,00	100,00

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Forderungen an Kreditinstitute	4.305.241	4.398.184	4.482.695
Forderungen an Kunden	10.411.974	9.984.060	9.409.179
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.884.564	3.095.449	3.301.858
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.968	9.961	9.953
Beteiligungen	12.113	12.107	12.167
Anteile an verbundenen Unternehmen	111.552	111.552	111.552
Sachanlagen	7.443	7.599	7.864
Sonstige Vermögengegenstände	650	3.313	152
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.913.908	12.671.276	13.084.383
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.049.205	2.012.827	1.801.648
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.001.332	500.059	0
sonstige Verbindlichkeiten	39.134	35.880	36.684
Rückstellungen gesamt	87.754	81.241	74.712
Fonds für Zinsausgleich	889.665	889.544	889.444

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Sonderposten allg. Bankrisiken	338.609	0	0
Eigenkapital	1.159.347	1.146.710	1.134.074
davon			
gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklage	1.022.2022	1.009.564	996.928
Gewinnrücklage	34.145	34.145	34.145
Bilanzgewinn	3.000	3.000	3.000
Bilanzsumme	18.525.759	18.343.527	18.030.847
Eventualverbindlichkeiten	543.377	593.883	659.848

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Zinserträge gesamt	537.206	586.170	602.549
Zinsaufwendungen	429.876	485.902	506.726
Erträge aus Beteiligungen/verbundenen Unternehmen	8.596	8.223	10.751
Provisionserträge	7.074	8.151	8.583
Provisionsaufwendungen	4.883	4.007	4.067
Sonstige betriebliche Erträge	12.173	9.873	10.498
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	59.885	55.141	53.104
Davon			
Löhne und Gehälter	31.406	29.431	27.908
andere Verwaltungsaufwendungen	17.037	16.267	18.360
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	62.036	54.868	61.688
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.016	3.052	3.171
Jahresüberschuss	3.000	3.000	3.000

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamt	572	553	526
davon			
Frauen	338	330	308
Männer	234	223	218
Auszubildende	23	24	23
Teilzeitbeschäftigte	170	157	135
Vollzeitäquivalente	507,5	487,1	470,4

Kennzahlen	2015	2014	2013
Neugeschäftsentwicklung (in Mio. €)	2.335	2.144	2.225
davon			
Firmenkunden	886	914	1.049
Immobilienkunden	623	546	501
Kommunalkunden	603	587	578
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung	223	98	97
Förderbestand (in Mio. €)	15.115	14.934	14.651
Solvabilitätskoeffizient (in %)	14,75	16,4	18,3
Cost-Income Ratio (im Zweckvermögen IB.SH)	0,54	0,54	0,63
Ergebnis vor Risikovorsorge / Bewertung und Sondereffekten (in Mio. €)	64,7	56,7	67,9

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 verlief in der Gesamtbetrachtung sehr erfolgreich. Auf das erreichte Fördervolumen von 2,3 (Vj. 2,1) Mrd. € entfallen 86 (Vj. 88) % auf Bardarlehen, 3 (Vj. 6) % auf Bürgschaften und Garantien und 11 (Vj. 6) % auf Zuschüsse. Der Bestand an Darlehen, Bürgschaften und Garantien im Fördergeschäft zum Jahresende betrug 15,1 (Vj. 14,9) Mrd. €. Mit einem Anteil von 38 (Vj. 43) % trug der Geschäftsbereich Firmenkunden wiederum den größten Anteil zum Neugeschäftsvolumen bei. Wie erwartet wurden aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen im „Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)“ deutlich weniger Windkraftfinanzierungen begleitet als im Vorjahr. Die bestehenden Fonds für Risikokapital und Neugründungen wurden im Geschäftsjahr vollständig ausplatziert. Um die Nachfrage nach Eigenkapital sowohl für Neugründungen als auch für bereits etablierte Unternehmen weiter abdecken zu können, wurden Folgefonds für Risikokapital und Neugründungen aufgelegt sowie der bestehende Mittelstandsfonds aufgestockt. Der Geschäftsbereich Immobilien erzielte einen Anteil am Neugeschäftsvolumen von 27 (Vj. 25) %. Im Zuge der „Offensive für bezahlbares Wohnen“ des Landes und der Wohnungswirtschaft war ein deutlicher Zuwachs von Förderdarlehen in der sozialen Wohnraumförderung festzustellen. Dies ist insbesondere auf die geänderten und dadurch deutlich attraktiveren Förderbedingungen zurückzuführen. In der allgemeinen Wohnraumförderung waren erneut die Wohneigentums- und Modernisierungsprogramme der KfW wesentlicher Treiber der guten Neugeschäftsentwicklung. Im Geschäftsbereich Kommunalkunden lag der Anteil am Neugeschäftsvolumen bei 26 (Vj. 27) %.

Im Kommunalkreditgeschäft, der Krankenhausfinanzierung und im Kommunalen Investitionsfonds war ein wiederum guter Geschäftsverlauf auf Vorjahresniveau zu verzeichnen, das Volumen der Geschäftsabschlüsse bei den kommunalnahen Unternehmensfinanzierungen lag deutlich über dem des Vorjahres.

Mehrere Investitionsvorhaben, die in den Vorjahren vorbereitet und begleitet wurden, konnten im Jahresverlauf umgesetzt werden. Der Anteil des Geschäftsbereiches Arbeitsmarkt und Strukturförderung lag bei 9 (Vj. 5) %. Das Fördervolumen und der Geschäftsverlauf in diesem Geschäftsbereich werden maßgeblich durch festgelegte Programmbudgets bestimmt.

Der Zins- und Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr in Summe über dem des Vorjahres und spiegelt das erneut sehr erfolgreiche Geschäftsjahr wider. Sowohl im Förderkreditgeschäft als auch im Treasurysegment konnten gestiegene Ergebnisbeiträge realisiert werden. Außerhalb der Zins- und Provisionserträge trägt der betriebliche Überschuss wesentlich mit Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen, Aufwendungen aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen in Folge des weiter gesunkenen Durchschnittszinssatzes sowie Programmaufwendungen im Rahmen der „Offensive für bezahlbares Wohnen“ zum Erfolg bei. Weitere Erträge wurden aus den Beteiligungen an NordwestLotto und der Landgesellschaft in Höhe von zusammen 8,6 (Vj. 8,2) Mio. € generiert.

Die Personalaufwendungen entwickelten sich wie erwartet und spiegeln den im Zuge neuer Aufgaben erfolgten Personalaufbau, die Tarifentwicklung sowie gestiegene Aufwendungen aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen wider. Die IB.SH hat das für 2015 gewährte Wahlrecht zur Umstellung des Rechnungszinses auf einen 10-jährigen Durchschnitt nicht in Anspruch genommen. Der Anstieg der weiteren Verwaltungsaufwendungen ist im Wesentlichen auf die mit dem Personalaufbau verbundenen Sachaufwendungen sowie die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Kosten, insbesondere auf den Beitrag zum Europäischen Bankenrettungsfonds, zurückzuführen.

Nach Beschluss des Verwaltungsrates, wird der Jahresüberschuss in Höhe von 3,0 (Vj. 3,0) Mio. € an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet.

Ausblick

Das seit dem Jahr 2014 andauernde Wirtschaftswachstum wird sich auch im Jahr 2017 nach Meinung der IB.SH fortsetzen. Die Innenfinanzierungskraft der Unternehmen hat sich entsprechend weiterentwickelt und versetzt die Unternehmen immer häufiger in die Lage, Investitionen vermehrt auch aus eigener Liquidität zu finanzieren. Daneben werden sich die anhaltende Niedrigzinsphase, die negativen Einlagenzinsen und die weiter steigenden Aufwendungen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen deutlich auf die Profitabilität und Rentabilität der Geschäftsmodelle der Banken auswirken. Einem eher stagnierenden Bedarf nach Fremdkapitalfinanzierungen steht ein wachsender Ertragsdruck der Hausbanken aus dem Kreditgeschäft gegenüber, mit der Folge, dass das Bedürfnis nach Risikoteilung eher abnehmen wird. Hinzu kommt eine auch weiter anhaltende Tendenz zur vorzeitigen Rückzahlung von Krediten.

Basierend auf vorläufigen Zahlen des Geschäftsjahres 2016 und den Annahmen des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2017 wird insgesamt von einer Neugeschäftsentwicklung ausgegangen, die sich leicht über dem Geschäftsverlauf 2015 bewegt. Es kann zu Verschiebungen innerhalb der einzelnen Segmente kommen. Fraglich ist u.a., in welchem Umfang die Kommunen sich bisher langfristig gebunden haben und in welchem Umfang Firmen weitere Investitionen tätigen werden.

Bei gleichbleibenden Margen im operativen Geschäft wird von einer weiteren Belastung durch bankenaufsichtsrechtliche Anforderungen ausgegangen. Die Kapitalbelegung steigt u.a. zum 01.01.2017 durch Erhöhung des Kapitalerhaltungspuffers von 0,625 % auf 1,25 % um 50 Mio. €. Hinzukommt erstmals der vorzuhaltende Eigenmittelzuschlag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Der Zuschlag ist für alle weniger bedeutenden Institute (LSI) anzuwenden, die noch

keinen Bescheid für die Kapitalanforderung nach SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) erhalten haben. Die IB geht von ca. 49 Mio. € in der Kapitalbelegung aus.

In der Gesamtbetrachtung wird bei einer leichten Steigerungsrate im Beteiligungsergebnis und einer Reduzierung im Treasurysegment von einem Betriebsergebnis unterhalb des Niveaus des Jahres 2015 ausgegangen.

Der Jahresüberschuss wird dennoch in Höhe von 3,0 Mio. € prognostiziert.

Life Science Nord Management GmbH



Falkenried 88
20251 Hamburg
Telefon: 040 / 47 19 6 – 400
Fax: 040 / 47 19 6 – 444
Mail: info@lifesciencenord.de
Internet: www.lifesciencenord.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Stärkung der Life Science Branche im norddeutschen Raum, um somit die Clusterbildung der „Innovativen Medizin“ voranzutreiben. Die Gesellschaft soll zentrale Anlaufstelle für alle Life Science Beteiligten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sein, mit dem Fokus auf Vernetzung und Koordination.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der LSN Management GmbH	62.500	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000	40,00
Freie und Hansestadt Hamburg	25.000	40,00
Life Science Nord e.V.	12.500	20,00

Geschäftsführung

Dr. Hinrich Habeck

Aufsichtsrat

- Dr. Frank Nägele (Vorsitzender), MWAVT SH
- Dr. Rolf Bösing (stellv. Vorsitzender), BWVI HH
- Rolf Fischer, MSGWG SH
- Dr. Eva Gümbel, BWFG HH
- Prof. Dr. Dr. Edith Huland, Life Science Nord e.V. / Immunservice GmbH
- Dr. Mathias Kraas, Life Science Nord e.V. / Olympus Surgical Technologies Europe GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	59	75	71
Umlaufvermögen	233	304	272
Eigenkapital	63	63	63
Sonderposten für Investitionszuschüsse	59	75	71
Rückstellungen	82	109	115
Verbindlichkeiten	186	168	99
Bilanzsumme	414	434	374

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	193	268	160
sonstige betriebliche Erträge	1.022	988	1.063
davon Zuwendung des Landes Schleswig-Holstein (institutionelle Förderung und Projektförderung)	436	416	470
Personalaufwand	592	535	527
sonstige betriebliche Aufwendungen	585	691	682
Jahresergebnis	1	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamt	10	10	8
davon			
Frauen	5	5	4
Männer	5	5	4
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	2	4	1
Vollzeitäquivalente	8	8	7,5

Kennzahlen	2015	2014	2013
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-59	98	-58

Geschäftsverlauf

Die Geschäftstätigkeit der LSN Management GmbH ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Sie hat im Geschäftsjahr 2015 ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis in Höhe von 0,6 T€ erzielt.

Der Rückgang der Umsatzerlöse um 28 % bzw. 75 T€ im Geschäftsjahr 2015 resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall der Erlöse der im Vorjahr maßgeblich von der LSN GmbH organisierten Veranstaltung „Deutsche Biotechnologietage 2014“ (Erlöse: 96 T€). Diese Veranstaltung wird jährlich wechselnd von unterschiedlichen Ausrichtern in ganz Deutschland organisiert. Dadurch fallen die Umsatzerlöse dieser Veranstaltung in 2015 nicht an. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 34 T€ gewachsen, hierzu trägt insbesondere die Auflösung von Rückstellungen bei. Wesentliche Erträge sind unverändert die Zuwendungen der beiden Trägerländer Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein, die rd. 76 % der gesamten Erträge ausmachen. Schleswig-Holstein gewährte der Gesellschaft 2015 inklusive Projektförderungen Zuwendungen in Höhe von 436 T€, der Anteil der institutionellen Förderung betrug unverändert 400 T€.

Auf der Aufwandsseite verringerten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 18 %. Maßgebliche Position sind hier unverändert die Vertriebskosten, deren Rückgang maßgeblich aus der Verringerung der Kosten für Werbung und Messe resultiert (insbesondere Biotechnologie Messe).

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit erzielte die Gesellschaft einen Cashflow i.H.v. – 59 T € (Vorjahr: 98 T€). Der Grund für den negativen Cashflow ist in der Zunahme der Rechnungsabgrenzungsposten begründet, wodurch sich das Nettoumlaufvermögen negativ verändert.

Das Geschäftsjahr 2015 war weiterhin geprägt durch die Umsetzung der im Jahr 2013 erarbeiteten und beschlossenen Strategie für das Cluster Life Science Nord. Das Cluster strebt an, sich bis zum Jahr 2023 als eines der führenden Life-Science-Netzwerke in Europa zu etablieren, aus dem weltweit anerkannte Best-Practice-Produkte hervorgehen.

Die LSN GmbH finanzierte sich im Berichtsjahr ausschließlich durch Eigenkapital, es wurde kein verzinsliches Fremdkapital eingesetzt. Gleichwohl darf bei kurzfristiger Liquiditätsunterdeckung Fremdkapital in Anspruch genommen werden.

Ausblick

Ebenso wie die vorangegangenen Jahre werden auch die Geschäftsjahre 2016 und 2017 im Zeichen der fortgesetzten Umsetzungsplanung und operativen Umsetzung der Life Science Nord Strategie stehen. Die in den sieben Handlungsfeldern bereits konkret eingeleiteten Schritte werden hierzu weiter bearbeitet und mit besonderem Fokus umgesetzt werden. Hierunter fallen beispielsweise die Schwerpunktbildung Knochenheilung mit den Projekten BoneBank, BFCC (Baltic Fracture Competence Centre) und Northopedics, die Schwerpunktbildung Infektion und Hygiene mit der Umsetzung des Projekts HiHeal und die Initiierung konkreter Projekte gemeinsam mit den Clusterakteuren über diese Projekte hinaus.

Der Wirtschaftsplan für 2017 geht wiederum von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus.

Der bestehende Vertrag mit dem Geschäftsführer der LSN, Herrn Dr. Hinrich Habeck, wurde 2016 um weitere fünf Jahre verlängert.

Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH



Raiffeisenstraße 1
24103 Kiel
Telefon: 0431/ 66 01 9 – 12
Fax: 0431 / 66 01 9 – 19
Mail: info@nah.sh
Internet: <http://www.nah.sh>

Unternehmensaufgabe

Die Gesellschaft ist die Einrichtung, die nach Übertragung durch das Land Schleswig-Holstein die Planung, die Organisation und die Abwicklung für die Aufgabe des Landes, eine ausreichende Bedienung im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein sicherzustellen, wahrnimmt. Die Planung, die Organisation und die Abwicklung erfolgt in enger Abstimmung mit den kreisfreien Städten sowie den Kreisen oder deren Zweckverbänden als Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital	26.010	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	13.005	50,00
Kreis Dithmarschen, Kreis Herzogtum-Lauenburg, Kreis Nordfriesland, Kreis Ostholstein, Kreis Pinneberg, Kreis Plön, Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Segeberg, Zweckverband ÖPNV Steinburg, Kreis Stormarn, Landeshauptstadt Kiel, Stadt Flensburg, Hansestadt Lübeck, Stadt Neumünster	867	3,34
jeweils		

Geschäftsführung

Bernhard Wewers

Aufsichtsrat

- Dr. Frank Nägele (Vorsitzender), MWAVT SH
- Dieter Harrsen (stellvertretender Vorsitzender), Kreis NF
- Karin Reese-Cloosters, FM SH
- Peter Todeskino, LHS Kiel

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

- Jochen von Allwörden, Städteverband S-H
- Matthias Heidelberg, für den Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil NAH.SH (in %)
keine		

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	329	316	71
Umlaufvermögen	846	689	204
Eigenkapital	26	26	26
Sonderposten für Investitionszuschüsse	314	301	56
Rückstellungen	58	47	47
Verbindlichkeiten	789	635	151
davon erhaltene Anzahlungen	699	458	0
Bilanzsumme	1.187	1.009	280

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein	2.471	2.259	1.828
sonstige Umsatzerlöse	33	20	0
sonstige betriebliche Erträge	66	45	42
Aufwand für bezogene Leistungen	15	8	21
Personalaufwand	1.899	1.570	1.437
Sonstige betriebliche Aufwendungen	596	709	377
Jahresergebnis	0	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	33	29	28
davon			
Frauen	18	16	16
Männer	15	13	12
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	18	15	16
Vollzeitäquivalente	29,5	23,5	23,5

Kennzahlen	2015	2014	2013
Sachanlageinvestitionen	69	161	11
davon Zuschüsse	69	161	11
Eigenkapital (in %)	2,2	2,6	9,3
Cashflow			
aus der laufenden Geschäftstätigkeit	305,5	700,3	-91,0
aus der Investitionstätigkeit	-60,6	-281,4	-10,9
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein (in %)	96,1	97,2	97,7

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2015 konnte die NAH.SH Erlöse durch das Land S-H von insgesamt 2.249,6 T€ erzielen. Dies entspricht einem Anteil von 87,5 % der Gesamtleistung. Den Erlösen und Erträgen von insgesamt 2.570,1 T€ standen Aufwendungen in etwa gleicher Höhe gegenüber. Von den Aufwendungen entfällt der überwiegende Teil mit 1.899,5 T€ bzw. 73,9 % auf den Personalaufwand. Die Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein wurden benötigt, um im Jahr 2015 weitere Projekte im Auftrag des Landes in den Bereichen Angebotsplanung, Verkehrswirtschaft, Kommunikation sowie für sonstige Tätigkeiten weiterzuführen bzw. zu beginnen. Beispielhaft seien hier genannt:

- Fahrplanbestellung und Fahrplanwechsel im Dezember 2015, wobei es erschwerte Abstimmungen im Netz West wegen der Wechselwirkungen aus der Konkurrenzsituation zweier Anbieter für Autozugleistungen zwischen Niebüll und Westerland gab
- schrittweise Inbetriebnahme der landesweiten Echtzeitauskunft
- Entwicklung einzelner Angebotskonzepte Bahn-Bus, wie z.B. Strecke Kiel-Schönberg
- Marktforschungsuntersuchungen,
- Unterstützung des MWAVT bei bundesfinanzierten Projekten, u.a. Ausbau S 21, S4,
- Weiterentwicklung des S-H-Tarifs
- Abstimmung mit Verbänden zu speziellen Fragestellungen des barrierefreien Ausbaus von Stationen und Fahrzeugen,
- Abstimmung der Aufgaben des Verkehrsverbundes mit allen Gesellschaftern.

Wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit der NAH.SH in 2015 war die Aufnahme der Verbundtätigkeit, nachdem im Jahr 2014 die Gründung als Verkehrsverbund Schleswig-Holstein mit Erweiterung des Aufgabenbereichs erfolgte. Mit der Erweiterung des Aufgabenbereichs ist die NAH.SH seitdem nicht mehr nur noch für die Planung und Organisation des Schienenpersonennahverkehrs zuständig, sondern auch für die Planung und Organisation des übrigen Personennahverkehrs. Ziel ist es, den ÖPNV zu stärken und mehr Fahrgäste zu akquirieren.

Die Kennzahlen zeigen, dass die NAH.SH ihrem Gesellschaftszweck entsprechend überwiegend auf die Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein angewiesen ist. Aktuell und absehbar sind keine bestandsgefährdenden Risikoentwicklungen sichtbar oder zu erwarten.

Die NAH.SH hat im Jahr 2015 rund 2.249,6 T€ an Erlösen aus dem Landeshaushalt erhalten. Für 2016 wird mit einem Zuschuss von rd. 2,4 Mio. € gerechnet.

Ausblick

Im Jahr 2017 wird die NAH.SH ihren Fokus weiterhin insbesondere auf die Planung und Durchführung von Verbundaufgaben des Verkehrsverbundes richten.

Hierfür werden in 2017 voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von rund 2,6 Mio. € als Landeszuschuss benötigt.

Nationalpark-Service gGmbH



Schlossgarten 1
25832 Tönning
Telefon: 04861/ 9620 – 0
Fax: 04861/ 9620 – 10
Mail: info@multimar-wattforum.de
Internet: www.multimar-wattforum.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der NPS ist die Förderung des Nationalparks Wattenmeer, des Naturschutzes und des Nationalparkgedankens, insbesondere durch die Verwaltung und Erhaltung der dafür im Eigentum der Gesellschaft stehenden Gebäude und Einrichtungen und die Förderung der Kommunikation, Kooperation und gegenseitigen Abstimmung zwischen den Gesellschaftern und der Nationalparkverwaltung im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN). Diese Unternehmensaufgabe verwirklicht die NPS insbesondere durch die Verwaltung, die Erhaltung und den Betrieb des Nationalpark-Zentrums „Multimar Wattforum“ in Tönning und von Nationalpark-Häusern.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der NPS	50.000	100,00
davon:		
Land Schleswig-Holstein	27.500	55,00
Kreis Nordfriesland, Kreis Dithmarschen, Naturschutzbund Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V., Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V., Verein für Naturschutz und Landschaftspflege Mittleres Nordfriesland e.V., Verein „De Wattenlöpers“ Fachverband der Wattführerinnen und Wattführer im Nationalpark Schleswig-Holstein-Holsteinisches-Wattenmeer e.V., WWF Umweltstiftung Deutschland, Nordsee-Tourismus-Service GmbH	2.500	5,00
jeweils		

Geschäftsführung

Dr. Gerd Meurs-Scher

Bei der NPS existiert kein Aufsichtsrat. Die Gesellschafter entsenden individuell bevollmächtigte Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten**(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	7.409	7.609	7.694
Umlaufvermögen	1.034	1.205	1.300
davon liquide Mittel	975	1.136	1.127
Eigenkapital	1.068	1.109	1.211
Sonderposten zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	6.807	7.123	7.227
Bilanzsumme	8.443	8.814	8.994

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	1.023	957	951
davon aus Eintrittsgeldern „Multimar Wattforum“	912	845	839
Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein	727	924	1.033
davon	727	727	727
Zuschuss zur Betriebsführung	0	0	0
Ausgleichsgelder			
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	328	311	322
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.628	1.657	1.481
Abschreibungen	406	367	373
Sonstige betriebliche Aufwendungen	100	284	426
davon Zuführung zum Sonderposten zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	12	207	194
Jahresergebnis	-41	-102	65

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Betriebsführung erfolgt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LKN. Die Geschäftsführung der NPS ist eine Teilaufgabe eines – für diesen Aufgabenbereich nicht weisungsgebundenen – Mitarbeiters des LKN.

Kennzahlen	2015	2014	2013
Besucherzahl (Personen)	170.084	160.769	151.997
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	47	291	271

Geschäftsverlauf

Die Erträge der NPS resultieren im Wesentlichen aus Zuwendungen des Landes und den Umsatzerlösen des „Multimar Wattforums“. Die Eintrittsgelder des Nationalparkzentrums haben im Geschäftsjahr 2015 mit 44 % (Vorjahr: 38 %) zur Gesamtleistung beigetragen. Ziel ist es, ihren Anteil an der Gesamtfinanzierung zu erhöhen. Allerdings schwanken die Besucherzahlen erheblich innerhalb des Geschäftsjahres und sind in der Hochsaison (Frühjahr bis Frühherbst) sehr stark von den Wetterverhältnissen abhängig.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde erneut ein negatives Jahresergebnis, in Höhe von rund 41 T€, erzielt. Zwar konnten abermals die Besucherzahlen und ebenso die Erlöse aus Eintrittsgeldern gesteigert werden. Dennoch vermochten diese die nach wie vor hohen Kosten nicht gänzlich zu kompensieren. Gleichwohl ist die Eigenkapitalausstattung angemessen, Finanzschulden bestehen nicht. Das Anlagevermögen der NPS wurde insbesondere durch Investitionszuschüsse finanziert, so dass der zugehörige Sonderposten entsprechend hoch dotiert ist.

Aus den Unternehmensdaten ergibt sich, dass im Jahr 2015 aus dem Landeshaushalt Zuwendungen in Höhe von 727 T€ der NPS zugeflossen sind.

Im Jahr 2016 lagen die Besucherzahlen mit beinahe 180.000 erneut über denen des Vorjahres.

Ausblick:

Auch im Jahr 2017 wird es das Ziel sein, das noch nicht ausgeschöpfte Besucherpotenzial des „Multimar Wattforums“ weitergehend zu erschließen und steigende Zahlen zu erreichen. Darüber hinaus wird ein wesentlicher Schwerpunkt die Finalisierung der Planungen für die Erweiterung der Außenanlage (5. Bauabschnitt) und die Optimierung der Haustechnik sein, sodass möglichst noch in diesem Jahr mit Baumaßnahmen begonnen werden kann.

Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR



Memellandstr. 15
24537 Neumünster
Telefon: 04321 / 55920
Fax: 04321 / 5592190
Mail: poststelle@forst-sh.de
Internet: www.forst-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die SHLF bewirtschaftet ihre Waldflächen und ihr sonstiges Vermögen in eigener Verantwortung und nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze, insbesondere des Landeswaldgesetzes, des Landesjagdgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes auf der Grundlage des Nachhaltigkeitsprinzips als öffentliche Aufgabe in eigener Verantwortung. Die SHLF erbringt als Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung besondere Gemeinwohlleistungen der Waldpädagogik und der Umweltbildung, des Naturschutzes, der Erholung, des Ankaufs von Grundstücken und der Neuwaldbildung sowie der Ausbildung.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der SHLF	100.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	100.000.000	100,00

Direktor

Tim Scherer

Verwaltungsrat

- Dr. Silke Schneider (Vorsitzende), MELUR SH
- Thorsten Elscher, MELUR SH
- Hartmut Hamerich, MdL
- Olaf Herold, Personalrat SHLF
- Dr. Martin Kruse, IHK Kiel
- Sandra Redmann, MdL
- Karin Reese-Cloosters (stellv. Vorsitzende), FM SH

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen

keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Sachanlagen im Anlagevermögen			
davon Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	497.485	496.162	511.837
und Bauten einschl. der Bauten auf fremden	492.478	491.437	507.711
Grundstücken			
Wertpapiere des Anlagevermögens	4.683	2.880	3.187
Liquide Mittel	5.552	10.241	3.611
Fertige Erzeugnisse und Waren	3.621	3.694	2.697
Eigenkapital	504.500	508.180	515.843
davon			
gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklage	407.473	407.473	407.473
andere Gewinnrücklagen	706	8.098	7.570
Jahresfehlbetrag	-3.680	-7.391	800
Rückstellungen	7.368	6.195	5.631
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.929	4.408	3.577
Bilanzsumme	514.768	517.547	524.894

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	17.946	30.840	16.915
davon aus Holzverkauf	14.423	27.750	13.793
Sonstige betriebliche Erträge	6.031	5.778	4.702
davon Zuschuss aus dem Landeshaushalt	3.287	3.287	3.287
Materialaufwand	9.110	13.177	5.825
Personalaufwand	11.286	10.415	9.886
Abschreibungen	2.469	16.510	1.992
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.198	4.833	3.874
Jahresergebnis	-3.680	-7.391	800

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	179	182	183
davon			
Frauen	33	36	26
Männer	146	146	157
Auszubildende	16	16	16
Teilzeitbeschäftigte	20	19	10
Vollzeitäquivalente	175,5	175,5	172,9

Kennzahlen	2015	2014	2013
Sachanlageinvestitionen	3.852	3.582	3.579
davon für den Ankauf neuer Flächen	2.217	356	1.698
Zuschussentwicklung	3.287	3.287	3.287
davon Betriebskostenzuschuss	-	-	-
davon Zuschuss für Gemeinwohlleistung	3.287	3.287	3.287
Holzeinschlag (ca. in Tfm)	245	452	258
Durchschnittserlös je Festmeter (ca. in €)	57,4	59,79	54

Geschäftsverlauf

Der Wirtschaftsbetrieb setzt sich aus den Bereichen Holz, Jagd, weitere Geschäftsfelder und sonstige Umsatzerlöse zusammen. Im Geschäftsjahr 2015 entwickelte sich der Holzmarkt weiterhin stabil. Es war aber auch geprägt durch die Wiederaufforstung der Kahlfelder und der Beseitigung der Schäden aus den Stürmen im Herbst 2013.

Das Hauptgeschäftsfeld der SHLF ist der Holzverkauf. Im Geschäftsjahr 2015 entfielen 13.895 €, 77,42% (2013: 81,5 %, 2014: 87,63%) der Umsatzerlöse der SHLF auf das Hauptgeschäftsfeld Holz.

Knapp 1.600 T€ wurden dahingegen aufgewendet um 559 ha Wald wieder aufzuforsten.

Die Umsätze bei den Nichtholzprodukten stiegen im Geschäftsjahr 2015 auf 4.051 T€.

Mit fast 150.000 Besuchern war der ErlebnisWald in Trappenkamp von einem neuen Besucherrekord geprägt.

Für die Geschäftsfelder „Holsteiner Holz“ und „FeinWild“ hat der Verwaltungsrat im November 2015 beschlossen, diese zukünftig nicht mehr dauerhaft selbst zu betreiben, sondern im Rahmen von Nutzungsrechten gegen Entgelt durch Vertragspartner fortführen zu lassen.

Ferner ergibt sich aus den Unternehmensdaten, dass aus dem Landeshaushalt ein Betrag in Höhe von 3.287 T€ der SHLF zugeflossen ist. Dieser stellt einen Zuschuss für Gemeinwohlleistungen gemäß der Zielvereinbarung mit dem zuständigen Fachressort dar. Ein Betriebsmittelzuschuss wird seit 2013 nicht mehr gewährt.

Im Geschäftsjahr 2016 ging es um die Auswahl weiterer ca. 800 ha Naturwald.

Das Land Schleswig-Holstein trägt nach § 3 des Gesetzes über die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten die Gewährträgerhaftung für die SHLF.

Ausblick

Die SHLF bewerten die Marktlage beim Rohstoff Holz mittelfristig als positiv und gehen von stabilen Preisen und einer gleichbleibenden Nachfrage aus.

Grundsätzlich kann die zukünftige finanzielle Entwicklung von nicht durch die SHLF beeinflussbaren Faktoren wie beispielweise die Entwicklung der Holzpreise, Kalamitäten oder globale Finanzkrisen beeinträchtigt werden. Beispiel waren die großen Stürme im Herbst/Winter 2013/2014. Zudem macht ein landesweit um sich greifendes Eschensterben den Landesforsten zu schaffen.

Die Entwicklung der SHLF ist darauf ausgerichtet, auch weiterhin die Risiken im Wirtschaftsbereich selbst zu tragen.

Zur Absicherung der unkalkulierbaren Risiken ist die SHLF nach wie vor bestrebt, ausreichend hohe Liquiditätsreserven zu bilden.

Nach der Windwurfaufarbeitung in 2014, den erhöhten Aufwendungen zur Beseitigung der Sturmschäden und der Ausweisung der Naturwälder, muss für die Folgejahre der Hiebsatz als Grundlage für die mögliche Holzeinschlagsmenge neu hergeleitet werden. Es wird ein neuer Hiebsatz festgelegt, der die wesentliche Grundlage für die Geschäftsentwicklung bilden wird.

Für Teilflächen der Naturwälder wird die Bildung von Ökokonten angestrebt.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig- Holstein AöR



Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Tel: 040 42831-1766
Fax: 040 42831-1700

Fröbelstraße 15 - 17
24113 Kiel
Tel: 0431 6895-0
Fax: 0431 6895-9498

E-Mail: poststelle@statistik-nord.de
Internet: www.statistik-nord.de

Unternehmensaufgabe

Die Anstalt ist die zentrale Dienstleisterin für die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Sie erfüllt alle ihr oder den früheren Statistischen Landesämtern Hamburg und Schleswig-Holstein nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Vereinbarung sowie alle diesen zum Zeitpunkt der Anstaltserrichtung obliegenden Aufgaben. Die Anstalt vertritt zur Wahrnehmung der statistischen Aufgaben die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins bei der Mitwirkung in Fachgremien auf nationaler und internationaler Ebene. Sie unterstützt und berät als fachkundige Stelle Hamburg und Schleswig-Holstein in allen Fragen der Statistik.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital:	1.663.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	873.000	52,50
Freie und Hansestadt Hamburg	790.000	47,50

Vorstand

Renate Cohrs

Verwaltungsrat

- Hans-Hermann Witt (Vorsitzender), MIB SH
- Johanna Westphalen (stellvertretender Vorsitzender), BIS HH
- Rainer Braun, FB HH
- Karin Reese-Cloosters, FM SH
- Thorsten Quiel, Beschäftigtenvertreter Statistikamt Nord

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten

(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Finanzanlagen	22.217	20.014	16.335
Umlaufvermögen	22.778	20.246	21.156
davon Forderungen gegen das Land S-H	5.744	5.552	6.030
Eigenkapital	2.876	2.866	3.421
davon			
gezeichnetes Kapital	1.663	1.663	1.663
Gewinnrücklage	931	1.486	429
Jahresüberschuss	9	-555	1.057
Rückstellungen	41.305	37.712	34.387
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	39.007	35.289	31.092
Verbindlichkeiten	1.549	430	625
Bilanzsumme	45.750	41.023	38.446

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Transfererträge	27.655	27.862	28.700
Umsatzerlöse	428	395	280
sonstige betriebliche Erträge	3.311	3.629	4.492
Aufwand für bezogene Leistungen	2.978	3.227	4.122
Personalaufwand	20.879	21.297	20.136
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.732	5.801	4.918
Jahresergebnis	9	-555	1.057

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	383	394	407
davon			
Frauen	220	224	233
Männer	163	170	174
Auszubildende	3	3	1
Teilzeitbeschäftigte	86	85	119
Vollzeitäquivalente	333,09	335,18	339,09
Kennzahlen	2015	2014	2013
Sachanlageinvestitionen	243	132	253
Gesamtleistung (in T€)	28.083	28.257	28.980
Cashflow i.e.S. (in T€)	3.762	1.980	3.470
Free Cashflow (in T€)	-25.965	-26.050	-25.519
Personalaufwand von Gesamtleistung (in %)	69,9	70,2	69,5
durchgeführte Statistiken für S-H	265	263	162

Geschäftsverlauf

Die Ertragslage zeigt, dass sich das Statistikamt vornehmlich durch Zuschüsse der Trägerländer finanziert und stark von Projekten abhängig ist. Insgesamt hat das Statistikamt im Jahr 2015 ein positives Betriebsergebnis erzielt.

Das Statistikamt Nord hat in 2015 insgesamt 265 Statistiken für Schleswig-Holstein und 245 Statistiken für Hamburg durchgeführt. Es wurden in 2015 insgesamt 1.388 durch nationale oder europäische Gesetzgebung vorgegebenen Liefertermine erfüllt, davon 713 für Schleswig-Holstein und 675 für Hamburg.

Im Rahmen der Optimierten Kooperation und bei der Softwareerstellung und IT-Produktion und Datenhaltung der Statistikämter hat sich das Statistikamt Nord in 2015 insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft (AGRA 2010; AGRA TAB) und Bevölkerung (BASIS+) engagiert.

Der Schwerpunkt der Zensusarbeiten im Jahr 2015 galt der Evaluierung des Zensus 2011 sowie der Vorbereitung des Zensus 2021. Das Bundesinnenministerium hat einen externen Gutachter mit der zentralen Evaluierung des Zensus 2011 beauftragt. Bei der Evaluierung geht es in erster Linie um die gesetzliche Ausgestaltung des Verfahrens und die Organisation des Zensus 2011 sowie um Optimierungsvorschläge für den Zensus 2021. Alle maßgeblichen Zensusakteure hatten hierzu bis Ende 2014 einen zentralen Fragebogen auszufüllen. Auf Basis der Ergebnisse hat der externe Gutachter bis Mitte 2015 Expertengespräche mit den Zensusakteuren geführt.

Daneben wurde eine Arbeitsgruppe auf Länderebene gegründet, die eine Evaluierungsunterlage im Sinne einer Stärken-Schwächen-Analyse sowie ein Managementsummary erarbeiten soll mit dem Ziel, eine angemessene Berücksichtigung der Länderinteressen im Evaluierungsprozess und bei der Verfahrens- und Gesetzentwicklung für den Zensus 2021 sicherzustellen.

Neben der Hamburger Bürgerschaftswahl am 15.02.2015 war im Arbeitsbereich Wahlen außerplanmäßig das Referendum über die Bewerbung Deutschlands mit der Freien und Hansestadt Hamburg um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 am 29.11.2015 durchzuführen. Die gesetzlichen Grundlagen für das Referendum wurden erst im Juni 2015 geschaffen. Das Statistikamt Nord setzte für die anfallenden Arbeiten kurzfristig das Projekt „Olympia-Referendum“ ein. Im Rahmen dieses Projekts wurde die Einteilung Hamburgs in 200 Abstimmungsstellen vorgenommen. Die Daten für die Abstimmungsbenachrichtigung wurden zusammengestellt und die Ergebnismitteilung, -präsentation und –aufbereitung vorbereitet. Die Abschlussarbeiten erstreckten sich bis in das Jahr 2016.

Das Statistikamt Nord finanziert sich in erster Linie über Zuschüsse der Trägerländer. Im Jahr 2015 hat es rund 15,7 Mio. € als Transfererträge aus dem Landeshaushalt S-H erhalten.

Für 2016 ist ein Betrag von rd. 15,4 Mio. € als Zuschuss aus dem Landeshaushalt vorgesehen.

Ausblick

Das Statistikamt wird seine ihm nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Vereinbarung obliegenden Aufgaben nach den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit auch zukünftig kompetent, zuverlässig effizient und kundenorientiert erledigen.

Ab dem 01.06.2015 wurde die Aufgabe Geschäftsprozessoptimierung (GPO) im Statistikamt Nord instrumentalisiert. Die GPO umfasst die Gesamtheit aller Aktivitäten und Entscheidungen zur Verbesserung von Geschäftsprozessen. Der Fokus liegt auf der Ermittlung und Erschließung von Optimierungs- und Standardisierungspotenzialen hinsichtlich der Prozessabläufe sowohl durch organisatorische Maßnahmen als auch durch den verstärkten Einsatz von IT-Hilfsmitteln bzw. Werkzeugen zur weiteren Automatisierung bisher manueller Arbeitsabläufe bei gleichzeitiger Sicherstellung ausreichender Service- und Produktqualität. Durch die Optimierung von Prozessen sollen die Organisationseinheiten bereits realisierte Ressourcenminderungen besser auffangen können. Durch die Standardisierungen der Prozesslandschaften sollen die Arbeitsbereiche ihr Personal flexibler einsetzen können.

Der Zuschussbedarf wird sich im Jahr 2017 auf voraussichtlich rd. 15,4 Mio. € belaufen.

Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR



Arnold-Heller-Straße 3
24105 Kiel
Telefon: 0431 500-0

Ratzeburger Allee 160
23538 Lübeck
Telefon: 0451 500-0

Mail: info@uksh.de
Internet: www.uksh.de

Unternehmensaufgabe

Dem Klinikum obliegen die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die ihm übertragenen sonstigen Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens. Das Klinikum hält in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem Medizin-Ausschuss die für Forschung, Lehre und Studium notwendigen Voraussetzungen vor.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Festgesetztes Kapital (gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung - KHBV)	19.364.586 €	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	19.364.586 €	100,00

Vorstand

- Prof. Dr. Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender und Vorstand für Krankenversorgung,
- Peter Pansegrau, Kaufmännischer Vorstand
- Christa Meyer, Vorstand für Krankenpflege und Patientenservice

Aufsichtsrat

- Rolf Fischer (Vorsitzender), MSGWG SH
- Dr. Philipp Nimmermann (stellvertretender Vorsitzender), FM SH
- Anette Langner, MSGWG SH
- Prof. Dr. Lutz Kipp, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- Prof. Dr. Enno Hartmann, Universität zu Lübeck
- Dr. Waltraud Anemüller, Vertreterin der wissenschaftlichen Beschäftigten des UKSH
- Karen Schröder, Vertreterin der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten des UKSH
- Prof. Dr. Joachim Thiery, Universität Leipzig
- Marianne Boskamp, Fa. Pohl-Boskamp

Der Gesamtaufwand an Sitzungsgeldern und Fahrtkosten des Aufsichtsrats des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein betrug im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 294,02 €.

Beteiligungen:	Stammkapital (in €)	Anteil UKSH (in %)
Zentrum für Integrative Psychiatrie ZIP gGmbH	25.000	100
Medizinisches Versorgungszentrum der ZIP gGmbH (Tochter der ZIP gGmbH)	25.000	100
UKSH Akademie gGmbH	25.000	100
Service Stern Nord GmbH	25.000	100
Ambulanzzentrum des UKSH gGmbH	25.000	100
UKSH Energy GmbH	25.000	100
Dialog Diagnostiklabor GmbH	25.000	75
UKSH Gesellschaft für IT Services mbH - ITSG	25.000	51
UKSH Gesellschaft für Informationstechnologie mbH - GfIT	25.000	51
Universitäre Kinderwunschzentren GmbH	25.000	51
MVZ am Karl-Lennert-Krebszentrum GmbH	25.000	50
UniTransferKlinik Lübeck GmbH	170.000	47
Medizinisches Laserzentrum Lübeck GmbH	95.000	11

**Unternehmensdaten auf Basis des Konzernabschlusses
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	708.235	671.581	644.884
Umlaufvermögen	269.148	284.742	225.383
Eigenkapital	482	448	0
Anteile anderer Gesellschafter	482	448	-71
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	258.617	214.816	183.855
Bilanzverlust	280.074	236.181	205.219
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	522.867	535.542	556.996
Rückstellungen	57.787	57.902	59.493
Verbindlichkeiten	657.661	579.113	439.111
Bilanzsumme	1.241.142	1.175.142	1.055.599

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	739.849	704.755	663.626
Drittmittelerträge	57.750	54.665	51.804
Zuwendungen des Bundes für Investitionen	8.456	5.012	12.151
Zuwendungen des Landes davon für Forschung und Lehre	127.983 91.683	130.879 94.329	129.552 92.365
Sonstige betriebliche Erträge	162.722	147.056	142.436
Materialaufwand	233.995	222.890	209.664
Aufwendungen für bezogene Leistungen	49.277	42.978	43.757
Personalaufwand	588.193	570.409	554.585
Jahresergebnis	-43.727	-30.880	-39.425

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamtanzahl (Personen)	12.027	11.819	11.782
davon			
Frauen	8.812	8.660	8.661
Männer	3.215	3.159	3.121
Auszubildende	633	671	658
Teilzeitbeschäftigte	5.265	5.118	5.137
Vollzeitäquivalente	9.317	9.311	9.338
Kennzahlen	2015	2014	2013
Umsatzrentabilität	-5,91	-4,38	-5,93
Produktivität je Vollkraft (in T€)	79,41	75,69	71,55
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-14.151	-19.068	-30.003
Bettenzahl	2.450	2.622	2.396
Berechnungstage	750.577	785.432	778.702
Fallzahl	106.437	107.469	105.237
Durchschnittliche Verweildauer je Patient in Tagen	7,10	7,31	7,40

Geschäftsverlauf

Das UKSH ist das einzige Krankenhaus der Maximalversorgung in Schleswig-Holstein und gewährleistet an über 86 Kliniken, Sektionen und Instituten gemeinsam mit den medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck eine umfassende universitäre medizinische Versorgung und Forschung im Lande. In Bezug auf die Anzahl der Betten und die Anzahl der behandelten Patienten ist es eines der drei größten Universitätskliniken in Deutschland.

Nach wie vor haben die Krankenhäuser mit der angespannten Lage auf dem ärztlichen und pflegerischen Arbeitsmarkt zu kämpfen. Die sogenannten Extremkostenfälle, deren Kosten nicht adäquat durch die DRG von den Krankenkassen vergütet werden, führen bei den Maximalversorgern zu weiteren wirtschaftlichen Einbußen. Als ebenso wirtschaftlich schwieriges Themenfeld stellen sich die universitären Ambulanzen dar. Die Unterfinanzierung der stationären und ambulanten Notfallversorgung sowie der Hochschulambulanzen aufgrund ihrer besonderen strukturellen und inhaltlichen Anforderungen sowie Spezialisierungen wurden durch die Gesetzgebungsverfahren im Jahr 2015 aufgegriffen. Ziele sind sowohl die Verbesserung der ambulanten Versorgungsstrukturen als auch der Finanzierung zur Gewährleistung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes. Die Ausgestaltung der gesetzlich geschaffenen Rahmenbedingungen durch die Partner der Gesamtverträge sowie die daraus resultierenden Auswirkungen auf Ortsebene bleiben abzuwarten.

Die Ertragslage ist durch einen Jahresfehlbetrag von -43,7 Mio. € bestimmt, der sich gegenüber dem Vorjahr 2015 um 12,8 Mio. € erhöht hat. Ursächlich hierfür ist die Umsetzung des umfangreichen Bauprojektes an beiden Campi, das in öffentlich-privater Partnerschaft durchgeführt wird, und die damit verbundene Übernahme von Betriebsleistungen durch den Partner im Juli 2015 in Höhe von 18,6 Mio. € (für den Zeitraum: 01.07.2015 – 31.12.2015).

Gemäß § 33 Abs. 2 Ziffer 3 in Verbindung mit § 33 Abs. 5 und § 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HSG wurden der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 39,54 Mio. € und der Universität zu Lübeck 29,46 Mio. € für 2015 zugewiesen. Die Mittel wurden gemäß § 33 Abs. 2 HSG für die Grundausstattung und besondere Forschungs- und Lehrvorhaben verwendet. Die Medizinische Fakultät Kiel hat im Rahmen der Grundausstattung 23,3 Mio. € (incl. ZIP gGmbH) und die Universität zu Lübeck 13,1 Mio. € (incl. ZIP gGmbH) an die Einrichtungen des jeweiligen Campus zugewiesen.

Die Tochtergesellschaften erwirtschafteten überwiegend positive Jahresergebnisse.

Ausblick

Die Ergebnis-Entwicklung des Geschäftsjahres 2016 zeigt einen positiven Trend. Bereits für das Geschäftsjahr 2017 wird auf der Grundlage der Mittelfristplanung für den UKSH-Konzern – ohne Berücksichtigung des Immobilienprojektes – ein positives EBITDA-Ergebnis erwartet.

Durch die Umsetzung des baulichen Masterplans sowie weiterer flankierender Maßnahmen, wie z. B. der geplanten Erlössteigerung, der Standardisierung im Sachaufwandsbereich und dem Roadmap-Prozess, werden sowohl das UKSH als Einzelgesellschaft und auch der UKSH-Konzern die wirtschaftlichen Ergebnisse auch in den Jahren 2018 und 2019 verbessern.

Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH



Lorentzendamms 24

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 66 66 6 – 0

Fax: 0431 / 66 66 6 – 7 67

Mail: info@wtsh.de

Internet: www.wtsh.de

Unternehmensaufgabe

Zu den Aufgaben der WTSH gehören

- die Förderung der Wirtschaft durch Beratung und Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen in bzw. für Schleswig-Holstein und damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen.
- die Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.
- die Förderung der Wirtschaft durch Maßnahmen zur Stärkung von Technologietransfer und Innovation.
- die Intensivierung des Wissenstransfers durch Stärkung der Zusammenarbeit von Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und insbesondere mittelständischen Unternehmen.
- die Übernahme von Aufgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Förderung einschl. der Beratung über die öffentliche Förderung, sowie die auftragsweise Abwicklung von Förderprogrammen in den Bereichen Außenwirtschaft, Innovation und Technologietransfer.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der WTSH	400.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	204.000	51,00
IHK Flensburg	32.000	8,00
IHK Kiel	64.000	16,00
IHK Lübeck	64.000	16,00
Hochschul-GbR	18.000	4,50
Handwerkskammer Flensburg	9.000	2,25
Handwerkskammer Lübeck	9.000	2,25

Geschäftsführung

Dr. Bernd Bösche

Aufsichtsrat

- Jörg Orlemann (stellvertretender Vorsitzender), IHK zu Kiel
- Dr. Frank Nägele (Vorsitzender), MWAVT SH
- Prof. Dr. Thorsten M. Buzug, Universität zu Lübeck
- Dr. Rolf Bösing, BWVI HH (für SH)
- Udo Hansen, Handwerkskammer Flensburg
- Ellen Petersen, FM SH
- Lars Schöning, IHK zu Lübeck
- Björn Ipsen, IHK zu Flensburg

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2015 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil (in %)
Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Entwicklungen in Schleswig-Holstein GmbH (PVA SH GmbH)	10	20,00

Die Anteile wurden zum 1.1.2016 vollständig an wissenschaftliche Einrichtungen aus SH veräußert.

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2015	2014	2013
Anlagevermögen	127	176	169
Umlaufvermögen	1.658	1.447	1.456
Eigenkapital	400	400	400
Sonderposten mit Rücklagenanteil	127	176	169
Rückstellungen	799	278	273
Bilanzsumme	1.963	1.672	1.725

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Umsatzerlöse	3.702	3.141	2.692
Projektzuschüsse	1.258	1.375	1.551
sonstige betriebliche Erträge davon Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein (institutionelle Förderung)	3.415 2.636	3.135 2.475	3.088 2.333
Personalaufwand	4.958	4.546	4.497
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.484	2.616	2.348
Jahresergebnis	110	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2015	2014	2013
Gesamt	76,75	80,5	80,25
davon Frauen Männer	50,25 26,50	51,75 28,75	49,50 30,75
Auszubildende	2	2	2
Teilzeitbeschäftigte	24	25,5	22
Vollzeitäquivalente	68,06	68,38	70,51
Kennzahlen	2015	2014	2013
Ansiedlungen (Anzahl)	32	36	28
geschaffene Arbeitsplätze (Anzahl)	793	693	513
Finanzierungsanteil des Landes an den gesamten Nettoerträgen	57%	55%	54%
Fördervolumen Technologieförderung (Mio. €)	10,1	2,4	10,9

Geschäftsverlauf

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte wie in den Vorjahren insbesondere durch institutionelle Förderung. Die institutionelle Förderung des Landes betrug im Geschäftsjahr 2.636 T€ Erstmals wurde diese nicht als Fehlbedarfs- sondern als Festbetragsfinanzierung gewährt. Eventuell nicht verbrauchte gewährte institutionelle Zuschüsse sind von der WTSH damit nicht mehr (wie es bis 2014 der Fall war) an die Zuwendungsgeber zurück zu zahlen oder mit den Zuschüssen des Folgejahres zu verrechnen. Das soll insbesondere der Planungssicherheit bei Projekten dienen. Die Bilanz der Gesellschaft weist somit erstmalig auch ein Jahresergebnis jenseits der Null aus.

Wie in den Vorjahren erfolgte die Finanzierung der WTSH-Aktivitäten zum deutlich größten Teil durch das Land Schleswig-Holstein. Der relative Anteil der Landesfinanzierung stieg im Berichtsjahr und lag in 2015 bei gut 57% (Vorjahr 55%).

Die Höhe der Projektzuwendungen lag im Jahr 2015 unter dem Wert des Vorjahres. Der relative Anteil der Projektzuwendungen in Relation zum Nettogesamtumsatz verringerte sich angesichts des erheblich angestiegenen Nettoumsatzes von knapp 18% im Jahr 2014 auf 15% im Berichtsjahr.

Die Industrie- und Handelskammern finanzierten in 2015 zusätzlich zu ihrer institutionellen Förderung anteilig drei Projekte.

Die um 521 T€ über dem Wert des Vorjahres liegenden Rückstellungen sind in erster Linie im erstmaligen Ausweis einer Rückstellung für Pensionsverpflichtungen und zu bildende Rückstellungen für Steuerzahlungen begründet.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde die bewilligte institutionelle Förderung erstmals seit Jahren um 200 T€ auf 2.675 T€ angehoben. Es bleibt bei der Festbetragsfinanzierung.

Ausblick

Die Bezuschussung durch die Gesellschafter bleibt weiterhin die finanzielle Grundlage des Geschäftsbetriebes der WTSH.

Ergänzend werden projektbezogene Zuwendungen und Entgelte für Dienstleistungen zur Finanzierung verwendet.

In der Projektförderung geht der Trend eher zu längeren Laufzeiten, was insbesondere die Planungssicherheit erhöhen soll.

Anhänge

Landesmandatsträger in Aufsichtsorganen

Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Ahrens, Dr. Heide	MSGWG SH	HZG
Andresen, Mona	MWAVT SH	AKN HVV
Bieler-Seelhoff, Susanne	MJKE SH	FFHSH
Bösinger, Dr. Rolf	BWVI HH	WTSH
Däuber, Peter	FM SH	HSH Finanzfonds
Ehlers, Kerstin	MWAVT SH	TASH
Elscher, Thorsten	MELUR SH	SHLF
Fischer, Rolf	MSGWG SH	GMSH LSN UKSH (Vorsitzender)
Grützner, Johannes	MELUR SH	Bürgschaftsbank
Hartmann, Prof. Dr. Enno	Uni HL	UKSH
Heinold, Monika	FM SH	hsh portfoliomanagement KfW
Homp, Dr. Catrin	TVSH e.V.	TA.SH
Hoppe, Ursel	MJKE SH	GMSH
Kampschulte, Friederike	MWAVT SH	EDN
Klein, Regina	FM SH	EDN GOES
von Knobelsdorff, Kurt Christoph	MWAVT SH	Bürgschaftsbank (Vorsitzender)
Korth, Arne	MWAVT SH	ZTS
Kruse, Dr. Martin	IHK Kiel	GBS
Kübitz-Schwind, Roland	MELUR SH	GBS (Vorsitzender)
Langner, Anette	MSGWG SH	UKSH

Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Lohmann, Prof. Dr. Martin	NIT Kiel	TASH
Losse-Müller, Thomas	StK SH	Dataport
Nägele, Dr. Frank	MWAVT SH	IB.SH LSN NAH.SH (Vorsitzender) TA.SH (Vorsitzender) WTSH (Vorsitzender)
Nestle, Dr. Ingrid	MELUR SH	IB.SH
Nimmermann, Dr. Philipp	FM SH	GMSH (Vorsitzender) HSH Nordbank hsh portfoliomanagement IB.SH (Vorsitzender) UKSH
Petersen, Ellen	FM SH	WTSH
Pirschel, Michael	MWAVT SH	DEGES
Reese-Cloosters, Karin	FM SH	NAH.SH SHLF StaNord
Rossow, Torben	FM SH	GBS GKL
Schneider, Dr. Silke	MELUR SH	SHLF (Vorsitzende)
Schröder, Jan Peter	Kreis Segeberg	AKN
Seemann, Silke	MSGWG SH	InphA
Söllner-Winkler, Manuela	MIB SH	GMSH IB.SH Olympia GmbH
Sorgenfrei, Dr. Christiane	FM SH	AKN (Vorsitzende) Bürgschaftsbank TASH
Thiery, Prof. Dr. Joachim	Uni Leipzig	UKSH

Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Vanini, Prof. Dr. Ute	FH Kiel	IB.SH
Wasielewski, Dr. Andreas	MELUR SH	GOES (Vorsitzender)
Weber-Braun, Elke	selbst. Wirtschaftsprüferin	IB.SH HSH Nordbank
Witt, Hans-Herrmann	MIB SH	StaNord (Vorsitzender)
Witte, Agnes	FM SH	HSH Finanzfonds hsh portfoliomanagement

Abkürzungsverzeichnis

AKN	AKN Eisenbahn AG
BGV FHH	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg
BIS HH	Behörde für Inneres und Sport Hamburg
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BSU HH	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
BWFG HH	Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Hamburg
BWVI HH	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg
DEGES	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH
EDN	Eichdirektion Nord AöR
EM MV	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
EKSH	Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH
EZB	Europäische Zentralbank
FB HH	Finanzbehörde Hamburg
FFHSH	Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH
FH Kiel	Fachhochschule Kiel
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FM SH	Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
FM MV	Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern
FM NI	Finanzministerium des Landes Niedersachsen
GBS	Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GKL	Gemeinsame Klassenlotterie der Länder AöR
GMSH	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
GOES	Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HB	Freie Hansestadt Bremen
HE	Hessen
HGV	Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH
HIS	HIS Hochschul-Informations-System eG
HHA	Hamburger Hochbahn AG
HMWVL HE	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
HSM HE	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
HZG	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH
IB.SH	Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR
IHK	Industrie- und Handelskammer
InphA	Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH
KB HH	Kulturbehörde Hamburg
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR
LHS Kiel	Landeshauptstadt Kiel
LKN	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz
LSN	Life Science Nord Management GmbH
MA HSH	Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein
MBWSV NRW	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
MdL	Mitglied des Landtages
MI ST	Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

MELUR SH	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
MIB SH	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein
MSB SH	Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein
MIL BB	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
MJKE SH	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein
MLV ST	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
MS NI	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
MSGFF SL	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen, Familie des Landes Saarland
MSGWG SH	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein
MWAVT SH	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein
NAH.SH	Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NF	Nordfriesland
NI	Niedersachsen
NIT Kiel	Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH
NPS	Nationalpark-Service gGmbH
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SenStadtWo BE	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin
SF HB	Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen
SHEREG	Schleswig-Holsteinische Entsorgungs- + Recycling GmbH
SHLF	Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR
SHLT	Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
SL	Saarland

SMWA SN	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
StK SH	Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
SUBV HB	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr des Landes Bremen
SWGVB HB	Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Bremen
TASH	Tourismus Agentur Schleswig-Holstein
TMIL TH	Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
TVSH e.V.	Tourismusverband Schleswig-Holstein e.V.
UKSH	Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR
UV Nord	Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.
VM BW	Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg
WTSH	Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZTS	Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH
